

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 60 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 14. September 1895.

Insertate die vierspaltrige Zeile ober deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weiserstraße 12.

Inhalt: Die Ausdehnung und Entwicklung der Metallindustrie und die Organisation der Metallarbeiter. Von S. Rohrlach. IV. — Lohnbewegungen und Streiks in der Schweiz. — Auch eine Enquete über Arbeitslosigkeit. — Die liebe Polizei im Kampfe gegen die Frauen. — Der 28. englische Gewerkschaftskongress in Cardiff. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse für August 1895. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Überbed. — Internationaler Kongress der Eisenbahnarbeiter. — Vermischtes. — Litterarisches. — Briefkasten.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: Leipzig: Gütlich (Motoren-Fabrik Grob & Co.); Schläger von Firth I. B.; Klempner von Königsberg I. Pr.; Feltenhauer von Erfurt und Ludwigshafen (Menner & Siegart); Magdeburg (Fellenfabrik von Gebr. Ufer); Messerschmiede, Chirurg. Instrumentenmacher von Berlin (Dewitt & Herz), Tuttlingen (A. Storz); Schmiede und Kesselschmiede von Nürnberg (Scharrer & Groß); Bau-schlösser von Rassel und Freiburg i. B.; Uhrler und Spengler von Offenbach (Emballege-Fabrik von Hermann); Klempner von Mülhausen im Elsass; Dreher und Schlosser von Mannheim (Meuling); Schloss-schmiede von Schwelm (Weber & Klopphaus); Schlosser und Maschinen-arbeiter von Aarhus und Ropenhagen (Dänemark).

Die Ausdehnung und Entwicklung der Metallindustrie und die Organisation der Metallarbeiter.

Von S. Rohrlach. IV.

Das Königreich Sachsen ist in 13 Aufsichtsbezirke getheilt, den 33.-45. Es ist allgemein bekannt, daß Sachsen ein „reines“ Industrieland ist. Wie stellt sich darauf nun unsere Organisation? Wie sieht es dort mit der Metall-industrie aus? Diese Fragen werden gewiß auch jeden außersächsischen Kollegen interessieren. Zunächst muß festge-stellt werden, daß Sachsen das am stärksten bevölkerte Land ist, bedeutend stärker noch als Rheinland-Westfalen. Sachsen hat auf noch nicht 3 Prozent der Bodenfläche mehr als 7 Prozent der Bevölkerung des Reiches, und ca. 13 Prozent der Metallindustrie als Großbetrieb! — Und die Polizeistatistiken haben es fertig gebracht, daß den 13 Prozent der beschäftigten Arbeiter 18 Prozent der Organisirten gegenüberstehen. Wir müssen den Sachsen das Zeugniß der besten Organi-sation in unserm Verband aus-stellen! Doch nicht allein die Polizeistatistiken, auch das eige Zusammenleben der Arbeiter, und vor Allem wohl auch die rapide Entwicklung der Industrie haben das zu Wege gebracht. 1875 hatte Sachsen nur 9 Prozent der Metall-arbeiter ganz Deutschlands, 1893 aber

13 Prozent! Das brüht sich noch deutlicher aus, wenn wir die gerade der sächsischen Ausbeutungswuth so willkommene Anwendung der billigen Arbeitskräfte näher betrachten. Das geht nicht für alle 13 Bezirke, weil die Angaben für 1875 und 1893 gleichmäßig, also vergleichbar nur nach den 4 Kreis-hauptmannschaften vorliegen, resp. zuverlässig zu berechnen sind. Danach waren im Königreich Sachsen beschäftigt:

Table with 6 columns: Kreis, Jugendl. Arbeiter, Arbeiterinnen, 1875, 1892, 1893. Rows: Dresden, Leipzig, Zwickau, Bayreuth.

Es betrug die Zunahme der jugendlichen Arbeiter von 1875-93 in den Amtshauptmannschaften Dresden 150 Prozent, Leipzig 216 Proz., Zwickau 126 Proz., Bayreuth 64 Proz.; in ganz Sachsen durchschnittlich 144 Prozent. Die Zunahme der Arbeiterinnen im gleichen Zeitraum in den Amtshauptmannschaften: Dresden 875 Prozent, Leipzig 972 Proz., Zwickau 880 Proz., Bayreuth 942 Proz., im Durchschnitt von ganz Sachsen 668 Prozent! Solche rasend schnelle Entwicklung, solch riesige Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte muß zur vollständigen Aus-powerung des Volkes führen. Es muß auf der einen Seite die bloße Noth, auf der anderen Seite der höchste Reichthum entstehen. Es muß hier mehr als in jedem anderen Lande die Erkenntniß Platz greifen, es muß dadurch die Organisation gestärkt werden. Wenn man diese Zahlen betrachtet, dann kommt man nur zu leicht auf den Gedanken, daß demnach auch in Sachsen die Organi-sation trotz aller Polizeiwillkür oder viel-mehr unter Mitwirkung derselben, auch noch bedeutend stärker sein müßte. Man wende gegen die Zahlen nicht ein, daß bei so geringen Anfängen, wie 1875 z. B. in Bayreuth, die Zahl 20 als Grundlage einen hohen Prozentsatz ergeben muß. Der Einwurf ist falsch, denn erstens ist im Bezirk Dresden eine viel (mehr als 10fach) höhere Grund-zahl und doch 875 Prozent Zunahme, und zweitens bedenke man doch, daß die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen von 1892 zu 93, also in einem Jahre, sich vermehrt hat in Dresden um 22 Proz., in Leipzig um 26 Proz., in Zwickau um 18 Proz. und in Bayreuth um 17 Prozent. Ferner ist es erwiesen, daß in allen Industriezweigen zusammenge-nommen in einem Jahre (1892/93) mehr als 10,000 weibliche Arbeiter neu eingestellt wurden, die Bevölkerung jedoch nur um ca. 22,000 weibliche Personen zugenommen hat! Was heißt das? In Sachsen muß Alles arbeiten! Weib, Mann und Kind, alt und jung ohne Unterschied. Das Alles macht erst die ganzen sächsischen Zustände begreiflich. — Wie aber schon aus obigen Zahlen her-vorgeht, ist die Verbreitung der Metall-industrie auch wieder in Sachsen nicht

gleichmäßig, und wissen wir deshalb, namentlich aber, um zu sehen, ob in Sachsen die Organisation nicht auch theilweise schlecht ist, die Aufstellung nach Gewerbeaufsichtsbezirken (Amtshauptmannschaften) vornehmen. In der That zeigt sich da, daß von den 13 Aufsichtsbezirken 4 gut organisiert sind, 2 dem Reichsdurchschnitt entsprechen, 6 unter dem Durchschnitt stehen, und in einem Bezirk sogar noch gar keine Organisation vorhanden ist. Außer-dem kann wieder festgestellt werden, daß, wie in Bayern, die Bezirke mit viel Großindustrie auch gut organisiert sind. Die 4 gut (b. h. relativ gut) organi-sirten Bezirke sind:

Table with 4 columns: Name des Bezirks, Zahl d. Orte mit Verbands-Bezirk, Zahl der Verbandsmit-glieder, Zahl d. Fabrkn. mit jugendl. Arbeitern, Arbeiterinnen. Rows: Chemnitz, Leipzig, Zwickau, Bayreuth, Dresden, Bayreuth, Zwickau, Bayreuth, Zwickau, Bayreuth.

Gar keine Organisation ist im Bezirk Annaberg, obwohl dort schon 1892 44 Fabriken mit jugendlichen Arbeitern, und 16 Fabriken mit Arbeiterinnen vor-handen waren, deren Zahl heute zweifellos noch bedeutend vermehrt ist. Man sieht demnach, daß die „gut organisirten“ Orte demnach relativ sehr gut organi-sirt sein müssen, die anderen aber der Nachhilfe dringend bedürfen. Von den unter dem Durchschnitt der Organi-sation stehenden Orten sind Freiberg, Aue und Döbeln die schlechtesten. — Mögen die sächsischen Kollegen in Anbe-tracht ihrer außerordentlichen Verhält-nisse auch außerordentliche Thatkraft ent-wickeln, damit sie nicht schließlich der schamlosen Ausbeutungswuth erliegen, die hier nachgewiesen werden mußte!

Das Königreich Württemberg bietet nicht entfernt so viel Stoff als Bayern und Sachsen. Nicht, daß hier über die Industrie und die Organisation unserer Arbeitskollegen nichts zu be-richten wäre, nein, seine Verhältnisse sind nur nicht so abnorm, als die vorher ge-schilderten. Das Staatsgebiet ist in zwei Aufsichtsbezirke getheilt. Den 46. Aufsichtsbezirk bildet der Neckar- u. Jagst-kreis, den 47. der Donau- und Schwarz-waldkreis. 1875 hatte der erstere Kreis

*) Es müßten hier die Zahlen von 1892 genommen werden, da für 1893 nur die Gesamtsumme für Sachsen ange-gaben ist.

etwa 5 Proz., der letztere 2 Proz. der Metallindustrie Deutschlands, heute stehen beide annähernd gleich. Die Zahl der billigen Arbeitskräfte betrug

Table with 2 columns: Kreis, 1875, 1893. Rows: Neckar- und Jagstkreis, Donau- und Schwarz-waldkreis.

Daraus kann man entnehmen, daß im letzteren die industrielle Entwicklung viel rapider vor sich gegangen ist, als im ersteren. Daraus würde man vielleicht schließen, die Organisation sei im ersteren Kreis besser. Das ist aber gerade um-gesetzt, der Kreis, der sich so schnell entwickelt hat, hat eine bedeutend schlech-tere Organisation. Im Neckar- und Jagstkreis waren 1894 8 Orte mit 855 Mitgliedern, im Donau- und Schwarz-waldkreis hingegen 1894 9 Orte mit 159 Mitgliedern. Nun ist aber der besser organisirte Neckar-Jagstkreis schon bedeutend unter dem Reichsdurchschnitt der Organisation, so daß alles Ver-merkenswerthe aus dem Königreich Württemberg in der Feststellung einer außerst schlechten Organisation besteht. Mögen die Kollegen danach handeln! Es sind im Königreich 406 Fabriken, welche 2680 jugendliche Arbeiter und 176 Fabriken, welche 2675 Arbeiterinnen beschäftigen, der Boden ist also nicht gar so ungünstig.

Das Großherzogthum Baden hat nur einen, den 48. Inspektionsbe-zirk. In diesem waren beschäftigt: 1875 1462 jugendliche Arbeiter und 1708 Ar-beterinnen, 1892 2175 bezw. 3825, 1893 2048 bezw. 4038. 1894 hatten wir in Baden 18 Orte mit 1498 Mitgliedern. Man sieht aus obigen Zahlen, daß auch hier eine sehr erhebliche Ent-wicklung stattgefunden haben muß. Damit hat aber die Organisation nicht Schritt gehalten. 7,2 Prozent hatte Baden im Jahre 1893 Antheil an der Metallindustrie, jedoch nur 4,5 Prozent Antheil an der Organisation! Es sieht also mit Baden genau so schlecht mit der Organisation, wie es von Württem-berg behauptet werden mußte. Der Boden aber ist noch günstiger, denn die angegebene Zahl der jugendlichen Ar-beter ist in 495 Fabriken, die der Ar-beterinnen in 466 Fabriken thätig, auch ist Baden dichter bevölkert als Württem-berg.

Das Großherzogthum Hessen ist in zwei Aufsichtsbezirke getheilt, den 49., die Provinz Starkenburg, und den 50., die Provinzen Ober- und Rhein-hessen. Die erste Provinz ist freilich bedeutend kleiner, hat auch viel weniger Bevölkerung, aber noch einmal so viel Metallindustrie als die beiden anderen Provinzen. Dazu kommt, daß die Ent-wicklung der Metallindustrie nicht nur absolut, sondern auch relativ in Starke-nburg ganz bedeutend stärker ist, als in Ober- und Rheinhessen. In Starke-nburg stieg die Zahl der billigen Arbeits-kräfte von 298 im Jahre 1875 auf 996 im Jahre 1893, in Ober- und Rhein-hessen von 198 auf nur 536 im gleichen

Zeitraum. Trotzdem hat Starckenburg nur 6 Verbandsmitglieder mehr! Starckenburg hatte 1894 2 Orte und 860 Mitglieder, Ober- und Rheinhessen 5 Orte mit 854 Mitgliedern. Daher kommt es, daß Starckenburg relativ unter, Ober- und Rheinhessen über dem Reichsdurchschnitt der Organisation steht. Etwas besser steht es demnach hier aus als in Württemberg und Baden, doch ist der Arbeit noch sehr viel zu leisten, ehe man von einiger genügenden Organisation reden kann. Man hat ja nur unthlg, die Zahl der billigen Arbeitskräfte mit der Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter in Vergleich zu setzen, und sofort würde man sehen, daß in Starckenburg nur 8-4 Prozent, in Ober- und Rheinhessen etwa 8 Prozent aller Arbeiter (höchstens) organisiert sind.

Die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg haben sehr wenig Metallindustrie. Obwohl alle 4 zusammen noch halb mal so groß sind als das Königreich Sachsen, haben sie kaum so viel Metallindustrie als die heftigste Provinz Starckenburg. Jedes der Länder bildet einen Aufschichtsbezirk. Die nachstehende Aufstellung zeigt, daß auch die Entwicklung sehr minimal ist. Es waren beschäftigt in

Table with 4 columns: Ort, 1875, 1893, 1875, 1893. Rows: Mecklenb.-Schw., Sachsen-Weimar, Mecklb.-Strelitz, Oldenburg.

Table with 5 columns: Ort, Fabrik n., Arb., Arb., Arb. erntmen. Rows: Mecklenb.-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenb.-Strelitz, Oldenburg.

Man sieht, es haben Mecklenburg-Schwerin und Strelitz sehr wenig (letzteres fast gar keinen) Großbetrieb in der Metallindustrie, und auch in Sachsen-Weimar und Oldenburg ist nicht viel davon zu finden. Trotzdem ist die Organisation, namentlich in Mecklenburg-Schwerin relativ gut. In Sachsen-Weimar entspricht sie dem Durchschnitt. In Oldenburg könnte es besser sein, viel besser sogar. Mecklenburg-Strelitz ist noch ganz ohne Organisation, doch ist der Boden dort auch sehr schwer zu bearbeiten.

Die 5 Herzogthümer Braunschweig, Sachsen-Meiningen, S.-Altenburg, S.-Coburg-Gotha und Anhalt bilden ebenfalls je einen, den 55. bis 59. Aufschichtsbezirk. Im Verhältnis zu ihrer Größe und Einwohnerzahl haben nur Sachsen-Meiningen und Coburg-Gotha nennenswerthe Metallindustrie als Großbetrieb. Die Zahl der billigen Arbeitskräfte stieg von 1875 zu 1893 in

Table with 2 columns: Ort, von, auf. Rows: Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt.

Am besten organisiert ist S.-Altenburg (3 Orte mit 566 Mitgliedern), dann folgt Braunschweig (4 Orte mit 512 Mitgl.), dann Anhalt (4 Orte mit 196 Mitgl.), S.-Meiningen (2 Orte mit 130 Mitgl.) und S.-Coburg-Gotha (4 Orte mit 110 Mitgl.) Unter dem Reichsdurchschnitt in der Organisation stehen die obenwähnten Länder mit verhältnismäßig mehr Großindustrie, S.-Meiningen, S.-Coburg-Gotha. Wenn man bedenkt, daß alle 5 Herzogthümer zusammen noch nicht so groß sind, wie das Großherzogthum Baden, und immerhin 183 Fabriken haben, die 1232 jugendliche Arbeiter, sowie 56 Fabriken, die 819 Arbeiterinnen beschäftigen, so erscheint selbst bei der wenigen Großindustrie die Zahl der Organisirten als viel zu gering.

Von den 7 Fürstenthümern Schwarzburg-Sondershausen

und Rudolstadt, Waldeck, beide Neuss und beide Lippe, ist Neuss j. S. fast allein nennenswerth. Dort sind 1893 45 Fabriken mit 216 jugendlichen Arbeitern und 10 Fabriken mit 51 Arbeiterinnen vorhanden gewesen. Es hat jedoch seit 1875 eine Abnahme stattgefunden, so daß scheinbar die Metallindustrie von dort verdrängt wird. Organisation ist nur in den beiden Neuss und Lippe vorhanden. Neuss d. S. ist mit sehr wenigen Großbetrieben relativ besser organisiert, als Neuss j. S. Es waren Ende 1894 in Neuss d. S. 2 Ortschaften mit 118 Verbandsmitgliedern organisiert, in Neuss j. S. 8 Orte mit 180 Mitgliedern und in Lippe 2 Orte mit 19 Mitgliedern. Die Fürstenthümer ohne Organisation haben: Schwarzburg-Sondershausen 13, Rudolstadt 4, Waldeck 2 Fabriken mit jugendlichen Arbeitern, Lippe 1 Fabrik. Immerhin ist wohl anzunehmen, daß in diesen Ländern doch noch Kleinbetrieb genügend ist, um den Versuch zu machen, auch dort der Organisation Eingang zu verschaffen.

In den Republiken Albed, Bremen und Hamburg ist wieder mehr Metallindustrie zu finden. Es waren dort:

Table with 6 columns: Ort, jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen, 1875, 1893, 1875, 1893. Rows: Albed, Bremen, Hamburg.

Man sieht, daß Hamburg der für die Metallindustrie bedeutendste Ort unter den dreien ist. Hamburg hat auch absolut und relativ die beste Organisation von den drei Republiken (695 Mitglieder), dann folgt Bremen (4 Verwaltungen mit 479 Mitgl.), und endlich Albed mit 156 Mitgliedern. Alle drei Bezirke stehen jedoch noch über dem Reichsdurchschnitt. Das ist wohl auf die dort stark vertretene Kleinindustrie zurückzuführen. Bei der größeren Bewegungsfreiheit sollte man in der That bedeutend mehr von diesen Bezirken erwarten.

Zum Schluß kommen dann noch die 3 Aufschichtsbezirke in dem Reichsland Elsaß-Lothringen an die Reihe. Die Metallindustrie ist als Großbetrieb im Verhältnis zur Größe der Landes-theile auch nicht stark vertreten, und hat auch seit 1875 keine nennenswerthe Entwicklung erfahren. Die Zahlen der billigen Arbeitskräfte stiegen im Bezirk Unter-Elsaß von 580 im Jahre 1875 auf 631 im Jahre 1893, im Ober-Elsaß von 467 auf 558 und in Lothringen von 138 auf 174. Daß die Organisation unter den Ausnahmebestimmungen zu leiden hat, ist nur zu erklärlich. Im Ober- und Unter-Elsaß ist nur je eine Verwaltungsstelle mit 42, bezw. 61 Mitgliedern. Lothringen ist nicht organisiert. Die Zahl der Fabriken beträgt in Ober- und Unter-Elsaß resp. Lothringen 53, 40 und 22 mit jugendlichen Arbeitern und 10, 4 und 1 mit Arbeiterinnen. Die Reichslande dürften wohl so ziemlich den schlechtesten Boden für die Organisation darstellen, so lange nicht das sogenannte „gleiche“ Recht auch dort eingeführt ist.

Wer von den Lesern diesen Schilderungen bis hierher gefolgt ist, der hat ein wahrheitsgetreues Bild von der Ausdehnung und Entwicklung der Metallindustrie und von unserer Organisation bekommen. Ein wenig erfreuliches Bild ist es. Manches Interessante hat die Darstellung gezeigt, und wo sie gar zu trocken wurde, da muß das Interesse an der Organisation helfen, den Stoff, der sich schwer anders darstellen läßt, zu verdauen. Die riesige Entwicklung der Berliner resp. brandenburgischen, der rheinisch-westfälischen, eines Theils der bayerischen, vor Allem aber der sächsischen Metallindustrie, die hohe Zunahme der Zahl der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in fast allen Distrikten mit nur

verschwindenden Ausnahmen, das sind Zeichen der Zeit. Und dabei ist die Statistik noch so mangelhaft! Wer recht zu urtheilen versteht, der kann allein aus diesen Umständen, ohne in's Einzelne zu gehen, beurtheilen, wie die Lage der Metallarbeiter immer bergab gehen muß! Frauen- und Kinderarbeit in der Metallindustrie in diesem Maße ermöglicht nur die Werkzeugmaschine. Mit der Zunahme der Bevölkerung wird freilich mehr Arbeit erheischt, aber die Entwicklung der Technik läßt diese Mehrarbeit den „billigen Arbeitskräften“ aufbürden, der erwachsene, männliche Arbeiter wird brodblos. Jede Frau, jedes Mädchen, jeder jugendliche Arbeiter mehr bedeutet Entlassung männlicher Arbeiter, bedeutet Arbeitslosigkeit, Noth und Elend. Die Frau macht den Mann, das Kind den Vater brodblos. Furchtbar starren uns die Zahlen entgegen, diese trockenen Verkünder unseres Elends! — Aber sollen wir sie unterdrücken? Nein, heraus mit der Sprache! Heraus mit dem Ruf nach besseren Zuständen — und zur Waffe gegriffen — zu der einzigen, aber mächtigsten Waffe, zur Organisation! Oder sollen wir etwa warten, bis die Parlamente den Willen des Volkes zur Ausführung bringen? Nein, praktische Arbeit müssen wir inzwischen verrichten, bis durch den Druck des Volkes, durch die Alles revolutionäre Technik, das heutige System der Ausbeutung unmöglich geworden ist, bis wir zum letzten großen Kampf und Sieg schreiten können. Stirn an Stirn mit den Ausbeutern zu kämpfen, um das Volk vor dem gähnenden Abgrund zu retten, das ist die praktische Arbeit. Noch stehen von jedem Hundert der Metallarbeiter 92 als gleichgültige Zuschauer da. Wohl sympathisiren Viele mit uns, aber sie helfen nicht bei der praktischen Arbeit. Darum Kollegen, alle, die Ihr diese starren Zahlen gelesen und verstanden habt, holt Alle heran, die noch ferne stehen. Melhet ein Diebsjungen, die die Gewerkschaftsbewegung unterschätzen oder gar für überflüssig halten, belehrt die Zersplitterter unserer Macht, die in Sonderverbänden ihr Heil suchen, statt der großen Masse zu folgen, belhret die Gleichgültigen, die da meinen, „es nützt ja doch nichts“ — reißt den Verzweifelnden die Hand, belehret die Unwissenden über die Ursachen des Elends — und dann ist der Sieg unser!

Lohnbewegungen und Streiks in der Schweiz.

Der jüngst erschienene achte Jahresbericht des Schweizerischen Arbeitersekretariats enthält eine ungemein fleißige und interessante Arbeit über die Lohnbewegungen und Streiks in der Schweiz in den Jahren 1860 bis 1894. In der Einleitung wird eine kurze Darstellung der Entwicklung des Arbeitsverhältnisses und Arbeitsvertrages, sowie der Koalitionsfreiheit in der Schweiz gegeben. Dann folgt eine überaus lehrreiche Einzelbarstellung aller gesammelten Fälle, sodann eine graphische Darstellung auf sieben Tabellen, Erläuterungen dazu und Schlußbetrachtungen.

In der Einleitung sind besonders bemerkenswerth die von mehreren Kantonen erlassenen Verbote von Gesellenverbindungen, Versammlungen und Streiks. Noch im Jahre 1844 erließ der Kanton Zürich ein Polizeigesetz, das diese Verbote enthielt und für dessen Uebertretung Strafen von 8 Tagen bis zu 3 Monaten androhte. Die Strafgesetze der Kantone Baselstadt und Genf enthalten sogar heute noch Bestimmungen über Streiks, welche zwar, wie dies auch in anderen Ländern der Fall, sich gleichermaßen gegen die Unternehmer wie gegen die Arbeiter richten, vermuthlich aber nur gegen letztere Anwendung gefunden haben.

Die Gesamtzahl der entdeckten Fälle

von Lohnbewegungen und Streiks in den 35 Jahren der Untersuchungsperiode beträgt 520. Dieselben vertheilen sich auf die einzelnen Kantone folgendermaßen: Zürich 182, Bern 74, Waadt 47, Genf 44, Baselstadt 38, St. Gallen 37, Neuenburg 35, Solothurn 24, Zugern 17, Argau 18, Graubünden und Thurgau je 11, Schaffhausen 9, Glarus 7, Zug und Freiburg je 5, Schwyz 3, Baselland und die beiden Appenzell je 2, Uri und Valais je 1; Unterwalden und Tessin weisen gar keinen Fall auf. Doch bemerkt hierzu der Arbeitersekretär Greulich, daß er nicht annimmt, es seien in diesen Kantonen, namentlich in Tessin, keine sozialen Kämpfe vorgekommen, er hat nur darüber keine Kenntniß erlangen können. Das gilt übrigens auch bezüglich aller anderen Kantone insofern, als wahrscheinlich mehr Fälle, speziell Lohnbewegungen, vorgekommen sind, als in der Studie behandelt werden konnten.

Die tabellarische Darstellung nach Art und Ergebnis zeigt folgendes Bild: Lohnbewegungen fanden 204 statt, wovon 118 gausen, 25 theilweisen Erfolg und 87 unglücklichen Ausgang für die Arbeiter hatten, während von 29 Fällen nichts Näheres bekannt wurde; von 189 Angriffstreiks waren 101 ganz, 26 theilweise erfolgreich, 44 negativ, 18 unbekanntem Ausgang; die 117 Abwehrstreiks theilen sich in 59 mit ganzem, 9 mit theilweisem Erfolg, 38 mit Niederlage der Arbeiter, während von 16 der Ausgang nicht bekannt ist; von den 10 Ausprägungen waren 5 von totalem Erfolg, 2 negativ und 3 unbekannt.

Für Erlangung kürzerer Arbeitszeit wurden 185 Bewegungen unternommen; bei 14 derselben, von denen je die Hälfte günstig und ungünstig für die Arbeiter endete, ist nicht genau bestimmbar, wecher Art die Arbeitszeitreduktion sein sollte. 25 Fälle galten dem Elfstundentag, wovon 18 Erfolg hatten, 186 dem Zehnstundentag, wovon 96 erfolgreich und 10 dem Neunstundentag, wovon die Hälfte von Erfolg. Für Lohnerhöhung wurde in 173 Fällen gestritten, wovon die Arbeiter in 121 siegten; für sonstige Verbesserungen kämpften die Arbeiter in 20 Fällen, wovon die Hälfte erfolgreich. Insgesamt handelte es sich in 378 Fällen um Verbesserungen der Arbeiterlage, wovon 257 für die Arbeiter siegreich endeten. Gegen Verschlechterungen wehrten sich die Arbeiter in 142 Fällen, wovon 82 günstig, 60 ungünstig für sie verliefen.

Die meisten Bewegungen, 68, entfallen auf die Schreiner und Glaser, dann folgen die Buchbinder mit 63, die zuerst im Jahre 1860 schon in drei Bewegungen standen. Der Reihe nach kommen die Schneider mit 37, Schuhmacher 34, Maurer 33, Spinner und Weber 31, Uhrenarbeiter 31, Zimmerleute 24 (die erste Bewegung 1861), Schmiede und Wagner 21, Spengler 19, Schalenmacher und Graveure, sowie Maler je 16, Mechaniker 14, Schlosser und Steinhauer je 12, Buchbinder und Färber je 10, Erdarbeiter und Handlanger 9, Tabakarbeiter 8, Hafner und Stein- und Schmiedearbeiter je 7, Gießer und Silber je 6, „Andere Kleidungsarbeiter“ 3, Bierbrauer 2.

Zu der Unvollständigkeit der Angaben bemerkt Greulich: „Man vergesse nicht, daß die Darstellung sich über 35 Jahre rückwärts erstreckt und daß man früher kaum ein mittelbüdiges Wechselzucken hatte, wenn man überhaupt erfuhr, die Schneider- oder Schuster- oder Schreiner-„Gesellen“ hätten irgend eine Forderung gestellt. In den Augen der meisten Leute war das ja ein „Unfuss“, von dem zu sprechen sich nicht verlohnte. Ernst wurde eine solche Sache erst, wenn's zum Streit kam. Man darf demnach annehmen, daß die Zahl der Lohnbewegungen größer ist, als sie hier zur Darstellung kommt.“

Behrreich ist eine Zusammenstellung der Daten nach Jahrsünften.

Jahr	Bahnweg.	Angriffsstr.	Abwehrstr.
1860/64	10	2	2
1865/69	19	24	6
1870/74	80	48	12
1875/79	2	11	11
1880/84	—	2	8
1885/89	44	44	84
1890 94	99	68	64

Im ersten Jahrsünfte stehen die Vuchbruder fast allein im Felde, daher das Ueberwiegen der Lohnbewegungen; in den nächsten zwei Jahrsünften treten andere Berufe in die Reihe, daher das Ueberwiegen der Angriffsstreiks; dann kommen zwei Jahrsünfte, in denen die Krise vorherrscht und die Bewegungen auf ein Minimum reduziert, in zwei Jahren so gar ganz aufhebt. Im 6. Jahrsünfte der Darstellung zeigt sich schon der Einfluß der schweizerischen Organisation der Messerbelasse, die Zahl der friedlich geschlichteten Lohnbewegungen ist, trotz des starken Anwachsens der Bewegungen überhaupt, die Zahl der Angriffsstreiks gleich und die Abwehrstreiks nehmen eine hervorragende Stellung ein. Und im 7., dem letzten Jahrsünfte, überwiegen die friedlichen Lohnbewegungen stark und die Abwehrstreiks nehmen noch größere Dimensionen an. Das ist der guten Organisation des Gewerkschaftsbundes und der Thätigkeit seines Bundeskomitees, das oft ungerechterweise als eine Gesellschaft von Hehern und Wählern bezeichnet wurde, zu verdanken.

Greulich hebt dann ferner hervor, daß die stark gewachsene Zahl der Arbeiterstreiks nur ein Zeichen dafür ist, daß die Arbeiterschaft in den letzten 10 Jahren mehr Ursache hat, sich gegen Verschlechterung ihrer Lage zu wehren, als vorher; freilich zeigt sie ebenfalls, daß die Arbeiterschaft auch mehr Kraft dazu gewonnen hat, was sie ihrer besseren Organisation verdankt.

Gerne hätte Greulich auch eine Uebersicht über die Kosten der sozialen Kämpfe in Gestalt der Streikunterstützungen und über die verlorenen Arbeitstage gegeben, allein sie würde doch nicht den Zweck erfüllen, den Manche damit zu verbinden wünschen, nämlich die Arbeiter vor Streiks zurückzuschrecken. Der Ausbruch eines größeren Streiks läßt sich an unabwendbarer Gewalt nur mit einem Elementarereigniß vergleichen. Die Jaghaften werden feurig und die Widerstrebenden mit fortgerissen, nicht durch gute Redner, wie man oft annimmt, denn es ist eine Thatsache, daß die besten Redner der Arbeiterbewegung noch nie zum Beginne eines Streiks aufgefordert haben, — sondern durch die Gewalt, die das Erwachen eines Massenwillens stets auslöst.

Nun könnte man aber der schweizerischen Arbeiterschaft auch mit dem besten Willen nicht beweisen, daß ihre bisherigen Kämpfe vergeblich gewesen seien. Am Beginn der Untersuchungsperiode arbeitete man in den Fabriken noch 18 und mehr Stunden und zwar mußten auch Kinder von 12 Jahren eine solche Arbeitszeit einhalten, in den Werkstätten wurde 12 und 11 Stunden, an vielen Orten aber noch länger gearbeitet. Der Arbeiter wurde gering geschätzt und nur ein winzig kleiner Theil bemühte sich durch das Vereinswesen eine Hebung anzustreben. Der bei weitem größte Theil lebte in Gedankenlosigkeit dahin und zeigte in vielen Stücken eine Sklavengesinnung.

Wenn heute ein größerer Theil der Arbeiterschaft ganz anders dastehet, so verdankt er das neben Jenen, die unter schwerer Verfolgung ihn über seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung aufklärten, besonders den namenlosen Kämpfern, die mit großem Opferrath die Lohnbewegungen und Streiks durchführten, ohne in vielen Fällen für sich selbst einen Erfolg davon zu tragen.

Aber diese wirtschaftlichen Kämpfe

nugten nicht bloß den Verufen, deren Vorkämpfer sie ausfochten, sondern der ganzen Arbeiterschaft. Sie, mit ihren Aufregungen, waren es auch, die das Gewissen der Gesetzgeber aufrüttelten, so daß endlich der Hebel der Gesetzgebung zu Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses zur Anwendung kam und einer großen Schaar von Arbeitern selbst gegen ihren ungeschulten Willen Verbesserungen brachten. Es muß doch daran erinnert werden, daß eine große Anzahl von Fabrikarbeitern noch am 21. Oktober 1877 so im Schlepptau der Fabrikanten war, daß sie sich verketten ließ, gegen das Fabrikgesetz zu stimmen.

(Schluß folgt.)

Auch eine Enquete über Arbeitslosigkeit.

Als am 22. Januar 1894 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Interpellation einbrachte, welche Maßregeln die verbündeten Regierungen ergriffen haben oder zu ergreifen gedenken, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, der in Folge andauernder Arbeitslosigkeit sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weltesten Volkstheilen herrscht, entgegnete der Staatssekretär v. Bütticher, daß die Regierung von einem allgemeinen Nothstand nichts wisse, die Arbeitgeber suchten selbst zu ihrem Schaden die Bühne zu halten, seit Jahren bewegten diese sich „auf dem aufsteigenden Aste“ und wenn auch in einigen Industriegegenden etwas Arbeitslosigkeit vorhanden sei, so herrsche dafür in ganzen Provinzen Arbeitermangel.

Es wäre wunderbar gewesen, wenn die Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren für 1894 dieser prophetischen Anschauung eines Ministers, der den aufsteigenden Ast, auf dem die Bühne sich bewegten, so deutlich vor sich sah, schroffen Widerspruch entgegengesetzt hätten!

Nur einzelne Aufsichtsbeamte haben im Bericht für 1894 das Kind beim rechten Namen genannt und die Arbeitslosigkeit, dieses Gespenst im Hause des Kapitalismus, von dem er nicht gern reden hört, als bestehend anerkannt.

Die Mehrzahl der Beamten weiß von nichts. Die Berichte für Posen, Breslau, Pommern, Magdeburg, Erfurt, Minden, Arnberg, Kassel, Koblenz, Düsseldorf, Trier, Sigmaringen, erwähnen das ominöse Wort Arbeitslosigkeit gar nicht, obwohl einzelne Beamte hie und da zugeben müssen, daß die Arbeitsnachweise bei weitem nicht allen Arbeitssuchenden Arbeit verschafften, wie in Erfurt, wo nur 53 Prozent der Gesuche erledigt wurden.

Anderer Beamte bestreiten das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit geradezu — und müssen sie an anderen Stellen desselben Berichtes indirekt eingestehen. So schreibt der Beamte für Ostpreußen: „Klagen über Arbeitslosigkeit sind nicht bekannt geworden, vielmehr hat sich zeitweise in einzelnen Betriebszweigen ein erheblicher Mangel an brauchbaren Arbeitskräften fühlbar gemacht, so z. B. in Bielefeld. — Die Arbeitslosigkeit in den größeren Städten, insbesondere in Königsberg, nahm diesmal wesentlich geringeren Umfang an als bei Beginn der vorjährigen Winterszeit.“

Und 15 Zeilen später schreibt derselbe Gewerbeverath über den Arbeitsnachweis, der in Königsberg im Dezember 1893 errichtet wurde:

„Diese Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Freilich hat zu Zeiten größerer Arbeitsmangels, obgleich nur solche Personen Aufnahme in die Meldebücher fanden, die schon länger als zwei Jahre sich hier am Orte aufhalten, und hier in erster Linie die Verheiratheten und Familienväter berück-

sichtigt wurden, nicht allen Bewerbern stets ausreichende Arbeit zugewiesen werden können, weil nicht genügende Arbeitsgelegenheit vorhanden war.“

Also — Klagen über Arbeitslosigkeit sind nicht bekannt geworden, aber Arbeit haben nicht einmal all' diejenigen bekommen, die sich an das Arbeitsnachweiskureau wandten!

Auch der Bericht für Westpreußen erwähnt das Wort Arbeitslosigkeit nicht, theilt aber aus Danzig mit, daß die dortige Arbeitsnachweiskstelle in dem Jahre 1884 bis einschließlich 1891 nur 10 Prozent der eingegangenen Gesuche um Arbeit erledigen konnte, im Jahre 1893 und 1894 nur 9 Prozent. Kennzeichnend für den Geist der Arbeiterfreundlichkeit wie des sozialpolitischen Verständnisses bei manchen Kommunalverwaltungen, die doch aus den Edelsten und Besten der Bourgeoisie bestehen, ist folgende Mittheilung dieses Beamten:

„Die Errichtung von Arbeitsnachweiskstellen ist in Folge eines Erlasses des Herrn Handelsministers lebhaft erbrert worden. Die Kommunen gehen mit einer gewissen Scheu an die Erfüllung dieser Aufgabe; man gibt sich der Befürchtung hin, daß durch den kommunalen Arbeitsnachweis den arbeitenden Klassen der Gedanke „des Rechts auf Arbeit“ näher gerückt werden könnte.“

Diese Furcht ist nicht nur in der Stadt der ehemals reinen Vernunft zu finden; sie verwirrt das bische Gehirn gar vieler Stadtväter im deutschen Reich.

Der Beamte für Potsdam berichtet: „Die Anzeichen der Arbeitslosigkeit treten im Allgemeinen weniger hervor als in den Vorjahren.“ Und 10 Zeilen weiter schreibt er:

„Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung ist im Allgemeinen wie im Vorjahre durch die gedrückte Lage der Industrie nachtheillich beeinflusst gewesen. — Bei den Unterhaltungen mit den Arbeitern prägte sich die wirtschaftlich ungünstige Lage vielfach in den Klagen über den geringen Verdienst und die gesteigerten Lebensansprüche aus. Hieran schlossen sich mehrfach auch Klagen über die traurige Gestaltung des Familienlebens.“

Im Bericht für Frankfurt a. O. heißt es:

„Die alljährlich bei Beginn des Winters auftretende Arbeitslosigkeit hielt sich bisher innerhalb der gewöhnlichen Grenzen und wird sie voraussichtlich während des Winters nicht überschreiten; am ungünstigsten steht es in dieser Beziehung in Sommerfeld aus.“

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter wird, wie im Vorjahre, auch für 1894 als nicht günstig geschildert:

„Der durch verkürzte Arbeitszeit gesunkene Verdienst legte mancher Familie erhebliche Einschränkungen in der an sich schon karglichen Lebenshaltung auf. — Von allen Arbeitern des Bezirks befinden sich die Handweber der Seidenindustrie in der bedrängtesten Lage. — Wer ohne Kenntniß der Erwerbsverhältnisse die großen schönen Weberdröser des Sorauer Kreises mit den freundlichen Hänschen inmitten grüner Wiesen durchwandert, ahnt nicht, wack' harter Kampf ums Dasein, ums liebe Brod sich hinter den reinlichen Fenstervorhängen bereits seit mehreren Jahren abspielt. Dem erdrückenden Wettbewerbe des mechanischen weicht ein Handwebstuhl nach dem anderen, und der Verdienst ist bis auf wenige Ausnahmen auf eine so niedrige Stufe herabgedrückt worden, daß es kaum begreiflich ist, wie die — in ihren Ansprüchen allerdings sehr bescheidenen — Handweber sich und ihre Familie, zumal bei ungenügender Beschäftigung, nach redlich durchzubringen vermögen.“

Bei täglich 14stündiger Arbeitszeit beträgt der Durchschnittsverdienst 63 J bis 1 M 22 J, je nach der Geschick-

lichkeit des Webers und der Art der Arbeit! Aus einem anderen Weberdorfe, wo auf 30 Webstühlen Inlet, auf 10 Webstühlen Büchen gewebt werden, hat der Gewerbeinspektor den Wochenverdienst der für fremde Rechnung arbeitenden 80 Weberfamilien zusammengestellt und als Wochenverdienst insgesamt 141 M gefunden; das ergibt einen wöchentlichen Durchschnittsverdienst von 4 M 40 J für die Familie, und zwar ist eine solche Einnahme nur möglich, wenn Frau und Kinder das Spulen und Treiben besorgen.

„Dem äußerst niedrigen Verdienste entspricht die kargliche Ernährungsweise, die hauptsächlich in Kartoffeln mit Mehl, weniger in Brod und Kaffee, allenfalls noch unter Hinzunahme von Quark und Hering bei den besser situierten Webern besteht.“

Ebenso konstatirt derselbe Bericht, daß die Arbeiter der Tuch- und Ziegelbranche in Folge der Ungunst des Geschäftsganges an Mangel an Arbeitsgelegenheit zu leiden hatten.

Mehr hat der Gewerbeverath dieses Bezirks nicht gesehen, obwohl er, wenn er sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt hätte, auch aus allen anderen Erwerbszweigen berechtigte Klagen über Nothstand und Arbeitslosigkeit hätte vernehmen können. Der Sozialpolitiker von Frankfurt a. O. berichtet uns aber lieber mit seitenslangen Rede über sogenannte „Wohlfahrtsvereine“, wie z. B. Arbeiterwohnungen in Neubamm, aus denen der Arbeiter, wenn er kündigt, sofort bei Niederlegung der Arbeit hinaus muß, also durch seine Kündigung in große Nothstelle geräth, oder er meldet, daß „erfreulicherweise eine Kinderkrippe“ in Guben errichtet ist, tabelt aber nicht, daß die erbärmlichen Bühnen der Väter die Mütter zwingen, in die Fabrik zu gehen und die Kinder einer solchen Krippe zu übergeben, nein, er tabelt die „Schwer zu überwindende Abneigung der Arbeiterschaft“, daß sie trotz vorhandenen Bedürfnisses die Kinder nicht den fremden Pflegerinnen anvertraut, sondern zu Hause behält. Dagegen wünscht er lebhaft, daß den Arbeitern, die 20—30 Jahre an ein und derselben Arbeitsstelle ihr Tagewerk pflichttreu verrichten, nicht etwa eine Rente gewährt wird, von der sie nun sich zur Ruhe setzen können, nein — „daß ihnen häufiger als bisher auch ehrende Auszeichnungen zu Theil würden, sei es in Form von Jubiläumseiern, Diplomen, Geldprämien oder andern werthvollen Gaben.“

Ja, es gibt in Preußen tüchtige Gewerbeinspektoren!

Der Berliner Gewerbeverath hat ebenfalls nicht gar viel bedeutames in seinem großen Bezirk: Berlin-Charlottenburg gesehen. Ueber Arbeitslosigkeit direkt gibt er keine Auskunft; doch stellt er fest, daß im Aufschichtsbezirk 1829 = 2 Prozent Arbeiter weniger beschäftigt waren als im Vorjahre, auch 258 jugendliche Arbeiter wurden weniger beschäftigt, dagegen 2758 Arbeiterinnen (9 Prozent mehr als im Vorjahre. Auch muß er zugeben, daß die Einnahmen in vielen Arbeiterfamilien zurückgingen in Folge der nicht guten Geschäftslage, „die auch einen erheblichen Mangel an Arbeitsgelegenheit zur Folge hatte.“

Der Bericht aus dem Regierungsbezirk Schleswig gibt zu, „daß in den größeren Städten das Angebot von Arbeitskräften im Winter meist nicht erheblich die Nachfrage überstieg. Namentlich waren männliche Arbeiter im Ueberflusse vorhanden.“ Doch fanden auch Mehrstellenungen statt und in ländlichen Distrikten ist von Arbeitslosigkeit nichts bekannt geworden. Für Altona und Kiel wird die Arbeitslosigkeit eingestanden, natürlich dabei auch von „Arbeitslosen“ gesprochen. Festzunagen ist

folgende Bemerkung, die kennzeichnend dafür ist, wie das Unternehmertum die Noth des Proletariats ausnützt, um das selbe noch widerstandsunfähiger zu machen. Im Bericht heißt es:

„Die Arbeitgeber haben die Gelegenheit, welche die schlechte Geschäftslage bot, benützt, um sich unruhiger und unguetlicher oder unilichtiger Arbeitskräfte zu entledigen.“

Das heißt: Die organisierten Arbeiter würden an die Luft gesetzt in der Hoffnung, sie dadurch wirksamer zu machen, die Organisationen zu zerstreuen und so die Preisdrückerei bis ins Unermessliche treiben zu können. Und für diesen Wucher, bei dem offensichtlich die Nothlage eines andern ausgenutzt wird, hat der Gewerberath für Schleswig kein Wort des Tadel!

Daß der Gewerberath Müller von Hannover nichts von Klagen über Arbeitslosigkeit gehört hat, nimmt bei den übrigen Beweisen seiner Befähigung als Gewerbe-Aufsichtsbeamter uns weiter nicht wunder. Wie geltreich er seinen Bericht abgefaßt hat, geht aus dem Wortlaut schon hervor. Er schreibt:

„Klagen über Arbeitslosigkeit sind im Berichtsjahre nicht laut geworden, wenigstens das Angebot von Arbeitern stets die Nachfrage überwogen hat.“

Und diejenigen, die keine Arbeit fanden? Trat für diese keine Arbeitslosigkeit ein?

Welche Verichterstattung?

Der Bericht für Hildesheim-Silberburg stellt auch nicht nachdrücklich fest, daß Arbeitslosigkeit vorhanden war, sondern besagt nur:

„Im Allgemeinen scheint das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage zu übersteigen. Namentlich im Garburger Industriebezirk machte sich ein Mangel an Arbeitsgelegenheit bemerkbar.“

Es ist als ob die Beamten eine entsetzliche Scheu hätten, das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit zuzugeben. Freilich, Herr v. Wittlicher hatte ja eine solche bestritten!

Nur der Wiesbadener Beamte, der einen sonst sehr kurzen und wenig inhaltsreichen Bericht liefert, muß melden, daß „Klagen über Arbeitslosigkeit namentlich von Frankfurt, aber auch von Wiesbaden und Höchst aus erhoben und in verschiedenen Versammlungen von Arbeitslosen Resolutionen beschlossen wurden, die ausreichende Abhilfe von den zuständigen Behörden fordern“. Von den Gemeinden sind auch Geldebeträge bewilligt worden; sein Bericht nennt sie „größere Geldebeträge“; er „bezweifelt aber, ob es gelungen ist, die Mehrzahl der arbeitslosen Personen kluglos zu stellen. Sicherer ist darüber nicht bekannt geworden.“ Hätte er sich die Mühe gegeben, mit den Gewerkschaftsvertretern in Frankfurt a. M. und Wiesbaden in öftere und nähere Verbindung zu treten, so würde ihm mehr bekannt geworden sein.

Im Regierungsbezirk Münster sind dem Beamten „dauernder Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit nicht zur Kenntniß gelangt, vielmehr ist vollauf allenthalben Beschäftigung genug vorhanden gewesen.“ Nur daß die Löhne der Bergarbeiter seit Anfang 1892 unauhaltbar sinken, theilt er mit. Da, wie wir schon hervorhoben, dieser Gewerberath reichlich die Hälfte seiner Zeit und der seiner Beamten auf die Kesselrevision verwenden mußte, so ist sein Urtheil erklärlich.

Auch der Böblinger Bericht bestreitet, daß Arbeitslosigkeit vorhanden sei. Die größte Arbeitslosigkeit zeige sich als Folge der kalten Jahreszeit, hauptsächlich bei den Bauhandwerkern und Bauarbeiter. Dabei theilt er mit, daß bei der am 17. Dezember 1894 eröffneten Arbeitsnachweisanstalt bis zum 10. Januar 1895 von 2020 männlichen Arbeitern Arbeit verlangt und an 227 gegeben wurde!

Auch der Böblinger Bericht weiß nichts von Arbeitslosigkeit, theilt aber mit, daß in die Arbeitsnachweis-Anstalt der Herberge zur Selbstaufbewahrung im Jahre 1893/94 2000 wandernde Arbeiter eintragen ließen und nur 1000, die Hälfte! Arbeit vermittelt erhielten.

In Aachen wurden Arbeiterentlassungen in größerem Umfange vermieden, indem die Arbeitszeit eingeschränkt wurde. Auch hier hätte der Verichterhalter mehr mittheilen können, wenn er sich eingehender mit dieser Frage beschäftigt hätte. Aber er geht auch zu denen, die vor Entlassungen überfliehen, wenn sie von „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Fabrikanten nicht bekommen.

Eine dieser „Wohlfahrts-Einrichtungen“ sei hiermit an den Pranger gestellt. Der Gewerberath schreibt, daß in einer Spinnerei der Stadt Aachen „in anerkannter Weise für die Herstellung eines guten billigen Mittagbrodes Sorge getragen wird“. Der Beamte ist — nach genug, mitzutheilen, wie dieses gute billige Mittagbrod beschaffen ist, das pro Portion 15 S dem Unternehmer kostet, der so gut ist und es für 10 S seinen Arbeiterinnen verkauft. Jede Portion besteht aus: 500 Gramm Kartoffeln, 88 Gramm Fett, Rothkohl für 2 S, Pfeffer, Salz, Essig.

Und diese völlig unzureichende Nahrung, in der keine Spur von Fleisch enthalten ist, dieses wahre Hungermah!, das den Magen vollstopft, und ihm höchstens 10 Gramm Eiweiß gibt, anstatt der für eine Mittagmahlzeit erforderlichen 60 Gramm — diese elende Abfütterung armer Arbeiterinnen, denen sicher der Lohn so gedrückt ist, daß sie ein solches 10 S-Mahl zu sich nehmen müssen, das nennt ein preussischer Gewerberath „ein in anerkannter Weise hergestelltes, gutes, billiges Mittagbrod.“

Soll man bei solchem Beamtenmaterial sich noch wundern, wenn die Frage, ob Arbeitslosigkeit vorhanden ist, so skrupellos beantwortet wurde?

Nein — diese Beamten sind eine solche Regierung werth, die sie zu Kesselrevisoren degradirte, und diese Regierung weiß, was sie ihren Beamten zumuthen darf. Die Unzulänglichkeit der preussischen Gewerbeinspektion hat sich gerade bei dieser „Auch-Enquete“ über Arbeitslosigkeit in ihrer ganzen Größe gezeigt.

„Vorwärts“.

Die liebe Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.

Das Koalitionsrecht mit dem Maulkorb daneben, wie es den Arbeiterinnen in Bayern, dank der Praxis des Vereinsgesetzes durch die Behörden bescheert ist, wird wieder einmal recht lieblich illustriert durch die Verbote der öffentlichen Arbeiterinnen-Versammlungen in Erlangen, Fürth, Nürnberg und Kaiserslautern. Sämmtliche vier Klasse trafen Versammlungen, in denen Genossin Steinbach-Hamburg über das Thema referiren sollte: „Die Arbeiterinnen im Kampfe um ihre wirtschaftliche Existenz“, trafen Versammlungen, deren gewerkschaftlicher Charakter von vornherein so klar war, daß er von Niemand bezweifelt wurde. Von Niemand natürlich, mit Ausnahme der lieben, hochweisen Polizei, welche durch das Mikroskop der Amtseigrigkeit entdeckte, daß es sich wieder einmal um Vereinsversammlungen des $\dagger\dagger$ politischen Vereins Sozialdemokratie handelte. Zur Begründung ihrer sehr maßgeblichen Ansicht wurde die gewöhnliche für profane Menschen sehr unmaßgebliche Beweisführung aufgestellt: die Feststellung des Vereinscharakters der Sozialdemokratie durch frühere richterliche Entscheidungen, die bekannte sozialdemokratische Gesinnung der Referentin, des Einberufers, die Behandlung der Gewerk-

schaftsfrage auf verschiedenen sozialdemokratischen Parteitagen und deren Beschlüsse und patati und patata. Bekanntlich haben bayerische Behörden wiederholt versichert, daß trotz der beliebten Praxis der Vereinsgesetze die bayerischen Arbeiterinnen sich bei in der Verfassung gewährtesten Koalitionsrecht unbeschränkt erfreuen. Wir dürfen natürlich nicht an dem guten Glauben und der ernstlichen Ueberzeugung der bayerischen Behörden zweifeln. Wir erlauben uns deshalb, sie höchlichst darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich mit ihrer Ansicht in einem Wahn befinden, den die Arbeiterinnen sehr bitter empfinden. Das Koalitionsrecht ohne volle Versammlungsfreiheit ist ein Un Ding, ist ein Messer ohne Klinge. Die bayerischen Behörden werden dies sicher noch lernen, wenn die Sozialdemokratie eine Macht geworden ist, welche eine neuezeitliche Regelung der Vereins- und Versammlungsgesetze und eine ihr entsprechende Handhabung derselben durchzusetzen vermag.

In der Rheinprovinz ist in neuester Zeit dem Gesetzestext und der früheren Gepflogenheit zuwider eine bayerische oder sächsische Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze zur Regel geworden. Reichstagsabgeordneter Wolkenbühr unternimmt gegenwärtig eine Agitationstour durch die Rheinlande. Wie bisher wollten zahlreiche Frauen die öffentlichen Volksversammlungen besuchen, in denen Genossin Wolkenbühr referiren sollte. In Krefeld, Duisburg, Mülheim a. Rh., Darnen, Elberfeld und Mangelberg ordneten die überwachenden Polizeibeamten die Entferrnung der Frauen aus den Versammlungen an. Dergleichen wurde die Ausweisung der Frauen aus einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Dülken gefordert. Zur „Begründung“ der Maßregel mußte der bekannte zoffige § 8 des preussischen Vereinsgesetzes herhalten, sowie die „Annahme“, daß die betreffenden Versammlungen solche eines politischen Vereins seien. Mit besonders staatsretterischer Eifer waltete der Ueberwachende in Mülheim a. d. R. seines Amtes. Sein gewissenhaftes Gemüth beruhigte sich erst dann, als die Entferrnung der am Blickfeld bedienenden Tochter des Wirths durchgesetzt und damit deren Seele sicherlich die ewige politische Jungfräulichkeit gerettet hätte. In Krefeld wurde Genossin Wolters, dem Vertrauensmann der Partei, gleich auf dem Anmeldebüchlein in dem geschätzten höflichen Amtsdeutsch bemerkt, „daß Frauenpersonen kein Zutritt zu der Versammlung gewährt werden dürfe“. Wolters hatte betreffs dieses Verbots eine Unterredung mit zwei behördlichen „Männern“, nämlich mit dem Polizeikommissar und dem Oberbürgermeister, als deren Resultat er die oberbürgermeisterliche profunde Weisheit überdenken konnte, „Frauen hätten sich nicht um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern“. In einer späteren Unterredung mit dem Polizeikommissar ward ihm die Kunde, daß er, Wolters, nur eine vorgeschobene Person sei und im Auftrage eines „politischen Vereins“, des Rheinischen Agitationskomitees handle. Auf seine Antwort, daß der Sitz dieses Komitees in Elberfeld sei, und daß er nichts damit zu thun habe, hieß es mit polizeiwüthiger Stürze: „Ach was, das kennen wir, die Komitees bestehen überall.“ In Mangelberg erwies sich der Polizeieifer als ein komischer Schlag ins Wasser. Die aus dem Versammlungslokal ausgewiesenen Frauen setzten sich nämlich der Reihe nach dicht neben die weitgeöffnete Saalthür in das Nachbarzimmer und hörten hier den Vortrag von Anfang bis zu Ende an, ohne daß die Polizei gegen die hartgesottenen Sünderinnen einschreiten konnte. In Darnen kam es zur Auflösung der Versammlung, weil dem politischen Verlangen auf Entfernung der

Frauen nicht stattgegeben wurde. Das gleiche Schicksal ereilte aus dem gleichen Grunde zwei Versammlungen in Elberfeld, von denen die zweite zur Erhebung eines Protestes gegen die Auflösung der ersten einberufen worden war. Die Vorstellungen der Parteigenossen Ulenbaum und Harm beim Bürgermeisteramt waren vergeblich. Daraufhin wurde an den besonderen Widner der proletarischen Frauenbewegung, Herrn v. Böllner, folgendes Telegramm abgesendet: „Minister des Innern, Berlin. Die Polizei sollte am 14. und 17. August zwei öffentliche Volksversammlungen auf, weil Frauen anwesend. Persönliche Beschwerden bei hiesiger Behörde blieben ohne Grundangabe. Wende nicht hiermit beschwerdeführend an Civ. Ersuchen, sofortige Remede zu schaffen. W. Ulenbaum.“ In Krefeld hat Genossin Wolters auf Grund des § 389 des Strafgesetzbuches gegen den Polizeikommissar Strafanzeige gestellt, um eine Entschädigung über die wichtige Frage herbeizuführen. Auch in den übrigen Orten ist Strafanzeige gestellt bzw. Beschwerde eingereicht worden. Wie das Rheinische Agitationskomitee mittheilt, ist die früher nicht vorgekommene Praxis der Polizei auf eine Verfügung der Düsseldorfener Regierung zurückzuführen und wurde nur in deren Bezirke geübt. Die Genossin der Rheinprovinz sind entschlossen, alle Rechtsmittel zu erschöpfen, um den Frauen das bürgerliche Wissen politischer Bewegungsfreiheit zu wahren, mit dem sie der preussische Staat bedacht hat. Es wird sich dann zeigen, ob auch heute das Wort sich bewährt: „Noch gibt es Richter in Preußen!“ Nebenfalls zeigt der Vorstoß zur Beschränkung des Versammlungsrechts in den Rheinlanden, daß seit dem seltsamen Umsturzzumel der Weist fröhlicher Stille in die Behörden gefahren ist, und man begreift die Abneigungsfreiheit, mit welcher der biedere Polizeiminister von Preußen, der im Nebenamt die Literatur vor Entfittlichung schützt, bei Ablehnung der be-rühmten Vorlage ausrief: „Das Umsturzesetz ist todt, es lebe das Umsturzesetz!“ Nur zu! Die proletarische Frauenbewegung ist gewöhnt, daß der Staat thut, was er nicht lassen kann und den Sozialismus überall bekämpft. Sie weiß auch, daß er lassen muß, was er nicht thun kann, nämlich die Ausbreitung des Sozialismus zu hindern. Sie marschirt mit der allgemeinen sozialistischen Bewegung weiter.

(„Gleichheit“.)

Der 28. englische Gewerkschaftskongress in Cardiff.

Der „Leipziger Volkszeitung“ gingen hierüber folgende Berichte zu: London, 2. September. Die Verhandlungen des heute beginnenden Kongresses der englischen Gewerkschaften in Cardiff werden nicht nur in England, sondern auch in Deutschland von allen Freunden der Arbeiterbewegung mit Spannung verfolgt werden. Denn es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die englische Arbeiterbewegung an einer Krise angelangt ist, deren Folgen von großer Tragweite sein müssen. Schon vor Monaten haben wir an dieser Stelle auf die Zeichen hingewiesen, die den anziehenden Sturm voraussaßen: einmal war es die Union der Kesselmacher, ein sehr einflußreicher Gewerkschaftsverein, der seinen Entschluß mittheilte, keine Delegirten auf den Kongress nach Cardiff abzusenden. Doch ist man in den letzten Tagen von diesem Entschluß zurückgekommen. Später war es die Nationalunion der Grubenarbeiter aus Northumberland und Durham, die durch Abstimmung ihrer Mitglieder beschloß, die Tagung der Gewerkschaften nicht zu besuchen. Als Grund dieses seltsamen Verfahrens wurde angegeben, daß der Kongress der Gewerkschaften zur sozialistischen Arbeiterbewegung geworden sei. Diese Meinungsänderung der nordischen Grubenarbeiter gibt uns den besten Aufschluß über die Krise, die die Arbeiterbewegung Englands bedroht. Es ist, um den landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, ein neuer Konflikt zwischen dem alten und dem neuen Unionismus, zwischen den Gewerk-

verlernen gelernter Arbeiter und den Genossen angelehnter Arbeiter angedrungen, der in Cardiff zum Austritt kommen und entlassen werden muß. Um die Lage richtig zu verstehen, müssen wir einige Jahre zurückgreifen, auf 1889, als in London der gewaltige Dickerstreik tobte und zum ersten Mal die ungelerten Arbeiter, die Proletariat der Arbeiterbevölkerung, die ihrer Kraft für die Bewusstwerden und sich mit den älteren Gewerkschaften solidarisch zu fühlen anfangen.

Die durch den Dickerstreik in allen Bundesstaaten ins Leben gerufenen neuen Unionen, die unter der Führung des Ben Tillet, des Tom Mann und anderer zu großer Bekanntheit gelangter Arbeiterführer stehen, machten zum ersten Mal ihren Einfluß auf dem Kongreß der Gewerkschaften in Liverpool im Jahre 1890 geltend, der größten Versammlung dieser Art, an der 487 Delegierte teilnahmen, die 1,470,191 Mitglieder vertreteten.

Auf diesem Kongreß erschien auch zum ersten Mal eine Resolution, die sozialistisch genannt werden kann. Sie suchte den Delegierten das Verprechen abzunehmen, nur solche Kandidaten fürs Parlament zu unterstützen, die die Nationalisierung des Landes und der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches begünstigen. Ungefähr 50 Delegierte gaben ihre Stimme zu Gunsten dieser sozialistischen Resolution ab. Sie kam auch im Jahre 1891 auf dem Kongreß in Newcastle wieder zum Vorschein, wurde aber vom Vorliegenden dort als nicht in Ordnung von der Abstimmung ausgeschlossen. In Glasgow im Jahre 1892 wurde sie in derselben Weise vorgelegt und von 158 gegen 128 Stimmen verworfen. In Belfast im Jahre 1893 wurde sie zum ersten Mal mit 187 gegen 97 Stimmen angenommen. Diese Niederlage der alten Gewerkschaften mit ihrer opportunistischen Politik verklärte sich auf dem letztjährigen Kongreß in Norwich als derselbe Antrag auf den Vorschlag Keir Hardies hin von der überwältigenden Mehrheit von 219 gegen 61 Stimmen angenommen wurde. Die Delegierten schloßen damals, daß mit der Annahme dieses sozialistischen Programms für die englische Arbeiterwelt die Geschäfte des Kongresses am besten geschlossen würden; es wurde der Beschluß gefaßt und auch von den sozialistischen Delegierten unterstützt, die Erledigung der übrigen Geschäfte dem parlamentarischen Komitee des Kongresses zu überlassen.

Unter diesen Umständen, die der Ausschluß seit dem letzten Kongreß erledigt hat, befindet sich eine neue Geschäftsordnung für den Kongreß selbst und über diesen Vorschlägen ist bereits der Streit zwischen den beiden Parteien entbrannt. Man kann den Mitgliedern des parlamentarischen Ausschusses nicht wohl den Vorwurf machen, daß sie über ihre Instruktionen hinaus gehandelt haben; denn unter diesen Befehlen der Auftrag, die Geschäftsordnung des Kongresses zu amendieren. Auf der anderen Seite läßt sich jedoch nicht in Abrede stellen, daß die amendierte Konstitution mit unzulässiger Schärfe gegen den sozialistischen Flügel des Kongresses, die neuen Unionen, vorgeht, und deren Wortführer entgegen dem Stillstande zurückhält oder gänzlich ausschließt. Der Ausschluß hat nämlich, wie schon früher gemeldet, beschlossen, daß nur solche Männer Delegierte des Kongresses sein können, die zur Zeit ihrer Ernennung in ihrem Gewerbe beschäftigt oder bezahlte permanente Beamte ihrer Unionen sind. Durch diesen Beschluß werden Männer wie Broadhurst, John Burns, Keir Hardie, Tom Mann, Shipton, Hamuli und andere bedeutende Wortführer der Arbeiterpartei ausgeschlossen. Damit noch nicht befriedigt, hat der parlamentarische Ausschluß einen weiteren schwerwiegenden Beschluß gefaßt, der den sozialistischen Flügel geradezu lähmt. Es ist die Vorschrift erlassen worden, daß fürderhin die Abstimmungen nicht mehr durch Aufheben der Hände stattfinden sollten, sondern vermittelt Stimmkarten, die, je eine für tausend Mitglieder einer Union an die Delegierten verteilt werden. Wäre diese Vorschrift in Belfast und Norwich in Kraft gewesen, so wäre die bewusste kollektivistische Resolution allerdings nicht angenommen worden.

Ein Blick auf die Liste der Delegierten zeigt die ungeheure Tragweite dieser neuen Geschäftsordnung. Der Gewerkschaften der Zimmerleute z. B. sendet nur drei Delegierte, die aber 44 Stimmen abgeben können; die Genossenschaft der Mechaniker sendet sieben Delegierte, die ein Recht auf 77 Stimmen haben; die 88 Delegierten des Bundes der Grubenarbeiter Großbritanniens werden 166 Stimmen abgeben können, und die zwei Delegierten der Eisenbahn-Bediensteten können 42 Stimmen in die Waagschale werfen. Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß die Kontrolle des Kongresses ausschließlich in den Händen der alten Gewerkschaften sein wird. Der diesjährige Kongreß wird nämlich von 840 Delegierten besucht, die im Namen von ungefähr einer Million Arbeiter sprechen

werden. Für diese Umwälzung in der Befugnis und Geschäftsordnung des Kongresses ist hauptsächlich James Mawdsley verantwortlich, dessen ausgesprochenes Ziel es ist, die „Agitatoren von Profession“, um seine eigenen Zwecke zu gebrauchen, vom Kongreß auszuschließen. Denn man bemerkt wohl, daß dem Kongreß nicht die Gelegenheit geboten werden soll, diese neue drastische Geschäftsordnung zu diskutieren. Sie ist ihm von den Wortführern der alten Unionen mit dem Stillstand des Vorliegenden des parlamentarischen Ausschusses angenommen worden; die alten Unionen haben demgemäß selbst die Bedingungen aufgestellt, unter denen sie den Kampf mit den neuen Unionen aufnehmen wollen. Und sie haben dafür gesorgt, daß diese Bedingungen für sie selbst die besten günstigen sind. Die Ungerechtigkeit dieses Verfahrens zeigt sich noch aus dem Umstande, daß schon im Jahre 1891 beim Kongreß in Newcastle der Vorschlag gemacht, aber vom Kongreß abgelehnt wurde, den Modus der Abstimmung abzuändern. Damals schon fand eine scharfe Verhandlung vor der Verwerfung statt. Der parlamentarische Ausschluß hat dafür gesorgt, daß die Wortführer der neuen Unionen auf dem diesjährigen Kongreß ihre Sache nicht persönlich vertreten können. Es wird sich bald zeigen, ob diese recht napoleonische Taktik des Manöveres zu einer Spaltung unter den englischen Arbeitern führen wird oder nicht.

Aus dem Jahresbericht des parlamentarischen Ausschusses, der heute zur Verteilung kam, verdient folgendes hervorgehoben zu werden. Der Ausschluß beklagt das Fehlen mehrerer für die Arbeiterwelt wichtiger Gesetzesvorschläge und verlangt, daß alle Mittel angewendet werden sollen, um diesen für Abgeordnete zu erlangen, auch sollen die Wahlkosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Des Weiteren erwartet der Ausschluß, daß Lord Salisbury's Regierung die Frage der Alterspensionen lösen werde. Eine Lösung des Problems der unbeschäftigten Arbeiter sucht der Bericht in der Abänderung der Landgesetzgebung und der Abschaffung der zahlreichen Monopole; erst dann sei es möglich, eine Remede aufzufinden. Interessant ist zu vernehmen, daß in Bezug auf die Ausschließung der Trade-Councils (Gewerkschaftsräte) vom Kongreß und die Verschärfung der Qualifikationen der Delegierten die Mitglieder des Ausschusses praktisch einstimmig waren. Den Ausgang der Generalwahlen erklärt der Bericht für die Gewerkschaften ungünstig und fordert angesichts der drohenden Gefahr zur Eintracht auf.

London, 3. September. Der Kongreß der Gewerkschaften in Cardiff wurde gestern recht lebhaft eröffnet. Der große Schlachttag findet heute statt. Die versöhnliche Stimmung hat ihren Grund in dem Bewußtsein, daß die älteren Unionen, auch wenn der alte Modus der Abstimmung durch Handaufheben beibehalten bleibt, unter den Delegierten auf eine Majorität rechnen können. Dieser Umstand trat schon bei der Ernennung der Geschäftsführer und anderen Beamten zu Tage, insofern die von den Gruben- und Textilarbeitern portierten Namen in erster Linie zu stehen kamen. Nun sind 845 Delegierte anwesend und die Gruben- und Textilarbeiter zählen allein 155 Mann. Ueberhaupt ist die Ueberzeugung durchgedrungen, daß die Mitglieder des parlamentarischen Ausschusses einen taktischen Fehler begangen, indem sie dem Kongreß die neue von ihnen ausgearbeitete Geschäftsordnung oktroierten wollten, statt sie erst zur Besprechung und Annahme vorzulegen, wobei sie sicher ohne große Schwierigkeiten durchgedrungen wären. Fünftundzwanzig Delegierte von Gewerkschaften (Trade Councils), die durch die Aktion des Ausschusses von vornherein vom Kongreß ausgeschlossen worden sind, haben unter dem Vorhitz des George Shipton (London) einen Protest gegen ihren Ausschluß eingereicht, da der Kongreß von Norwich ihm kein solches Mandat gegeben habe. Die Delegierten trafen auf einer Spazierfahrt im Kanal von Bristol zusammen, und es verlautet, daß die auf dem Dampfer gepflogenen freundlichen Besprechungen viel dazu beitragen, die Spannung abzumildern.

London, 4. Sept. Das Ergebnis der gestern stattgefundenen Debatte in Cardiff ist die Ablehnung der von Havelock Wilson, dem Wortführer der Neu-Unionisten vorgebrachten Resolutionen durch 804 gegen 357 Stimmen. Diese Resolution stellte die Gültigkeit der vom parlamentarischen Ausschuß ausgearbeiteten neuen Geschäftsordnung und Verfassung des Kongresses der Gewerkschaften in Frage. Da am Kongreß 845 Delegierte teilnahmen, ist ersichtlich, daß die Abstimmung nicht durch Handaufheben, sondern vermittelt Stimmkarten geschah, die im Verhältnis zur Mitgliederzahl der betreffenden Unionen an deren Delegierte verteilt worden waren. Dieser Umstand ist sehr überraschend; er ist es um so mehr, als am Anfang der Debatte einmütig und ohne Widerrede die

vom parlamentarischen Ausschuß ausgearbeitete Geschäftsordnung suspendiert worden war, während sie Gegenstand der Verhandlungen auf dem Kongreß bildete. Daß nun doch die Abstimmung nach der neuen Geschäftsordnung stattfand, ist ein Handreich, der den Reizern des Kongresses, den Wortführern der alten Unionen zur großen Unehr gereicht. Denn die Annahme der neuen Geschäftsordnung bedeutet die bleibende Ausschließung bedeutender Arbeiterführer und ist ein Schlag ins Gesicht der neuen Unionisten, die übrigens, wie Ben Tillet in einer glänzenden Rede ausführte, nicht die Absicht haben, sich in den Schmutzwinkel zurückzuziehen. Man denkt sich, ihr Ziel wird nun sein, die tyrannische Mehrheit zu ihrer Ansicht zu bekehren.

Im Uebrigen gingen die Verhandlungen, wenn auch scharf und oft von Bitterkeit und persönlichen Angriffen nicht frei, im Großen und Ganzen ordnungsgemäß vor sich, nicht zum Wenigsten in Folge der kräftigen Handlungsweise des Präsidenten Jentzen, der von seinen Sympathien für die alten Gewerkschaften kein Geheim machte und sich vom Sturm, der ihn umgab, als die Abstimmung durch Karten beschlossen wurde, nicht betreffen ließ. Die reaktionäre Mehrheit hätte keinen zäheren Parteigänger in den Präsidentenstuhl setzen können. Wegen die neue Geschäftsordnung sprachen außer Havelock Wilson noch Broadhurst, der mit der Geschicklichkeit und Schnelligkeit eines Advokaten die Wägen seiner Gegner angriff und darth, daß der parlamentarische Ausschuß sein Mandat überschritt. Im gegenüber stand Mawdsley mit der ihm eigentümlichen engherzigen Offenheit, daß er und seine Anhänger den Kongreß von Theoretikern und Hirngespinnstern säubern wollten. Unter den Delegierten sprachen mehrere, die zugaben, daß sie im Auftrage ihrer Unionen ihre Stimmen gegen ihre Ueberzeugung für die neue Geschäftsordnung abgaben. Andere erkannten die Nothwendigkeit der neuen Verfassung an, bezeichneten aber die Art und Weise der Einführung derselben als unbillig und ungerecht. Gerade angesichts der anerkannten Unbilligkeit des Verfahrens war es betrübend unter den Wortführern der reaktionären Bewegung auch John Burns zu hören, den Mann, der mit Ben Tillet vor fünf Jahren die Organisation der ungelerten Arbeiter in die Hand nahm und sie jetzt im Stich ließ auf die Gefahr hin, die wohl sam aufgebaute Solidarität zwischen den Arbeitern aller Klassen zu zerbrechen. Denn die neue Geschäftsordnung schafft innerhalb der englischen Arbeiterschaft künstlich den Klaffengeist, welcher in der bürgerlichen Gesellschaft soviel zur Herabdrückung und Erniedrigung des Proletariats beigetragen hat. London, 5. Sept. Anlässlich der Besprechung des Jahresberichts, den der parlamentarische Ausschuß am Montag verteilt hat, kam es gestern zu scharfen Äußerungen, in denen John Burns eine hervorragende Rolle spielte. Die Debatte bewies die numerische Ueberlegenheit der alten Unionen, die den sozialistischen neuen Unionen mehrere schwere Niederlagen beifügten und unter Anderem das von Macdonald verlangte Labelsbotum verworf, weil der parlamentarische Ausschuß der in Norwich angenommenen kollektivistischen Resolution keine Folge geleistet habe. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung tabelte, weil sie nicht die in den Gewerkschaften üblichen Lohnsätze in ihren Betrieben bezahle und beim Abschluß von Verträgen auf Bezahlung dieser Lohnsätze bestohe.

Eine von Thorne eingebrachte Resolution zu Gunsten eines auf alle Gewerbe anwendbaren achtstündigen Arbeitstages, mit Ausnahme der Kohlengruben, wurde angenommen. (Schluß folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Protokollbestellern diene zur Nachricht, daß die Protokolle der 2. Generalversammlung vollständig vergiffen sind und daß somit die Bestellungen nur langsam erledigt werden können. Alle eingegangenen Bestellungen sind vorgemerkt und werden der Reihenfolge (nach dem Datum des Eingangs) mit etwaigen Remittenden erledigt werden.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen, welche noch unverkaufte Protokolle in Besitz haben und sie wahrscheinlich in nächster Zeit doch nicht abgeben, dieselben umgehend nach hier einzuliefern.

Gewisse wollen diejenigen, die Protokolle bezogen haben, möglichst bald über dieselben abrechnen, damit nicht, wie beim letzten Male durch die verzögerten Abrechnungen dem Verband Verluste erwachsen.

Sodann machen wir noch darauf aufmerksam, daß namentlich von sich meldenden Einzelmitgliedern noch häufig die Adresse des früheren Vorsitzenden August Junge benutzt wird, trotzdem sowohl im Verbandsorgan als auch durch besonderes Zirkular

wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden und in jeder Bekanntmachung die Adressen des Hauptsekretärs enthalten ist. Wir erfinden die Mitglieder im eigenen Interesse, genau auf richtige Angabe der Adresse zu achten, damit sie nicht etwa Verluste von Sendungen, die durch unrichtige Bezeichnung unauflöslich sind, zu beklagen haben.

Folgendes Mitgliederbuch ist unglücklich und aufgehoben:

88014 des Mechanikers Wilhelm Meeger, geb. zu Rietheim am 27. Nov. 1877.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird wegen Denunziation und Nichtachtung der Sperre auf Antrag der Verwaltung Mannheim der Schlosser Mathias Ruf, geb. zu Delsburg am 28. September 1860, Buch Nr. 88184.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 100, I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro August 1895.

Einnahme: Kassenbestand Ende Juli M 1715,11. Von Altsenburg 297,20. Altona 200. Witt. und Neugersdorf 89,55. Wittwasser 78. Augsburg, Fellenhauer 24,20. Baugen 80. Bergedorf 108,55. Berlin-Nord 248,80. Bernburg 80. Braunschweig, Schlosser 150. Breslau 75. Brunsbüttel 44,40. Canstatt 80. Chemnitz 650. Geseß 10. Grimmitzsch 82,80. Detmold 14. Durlage 16. Döbeln 80. Dresden-N. 400. Dresden-N. 135,80. Duisburg 15. Durlach 175,70. Ehrenfeld 18,45. Emmerichen 50. Erlangen 14,10. Feuerbach 15. Forst 70. Fürth 181,15. J. S. Wiesch 10. Lautkau 40. Holzger 80. Grolsch 24. Gustabsburg-Rothelm 51,85. Hamburg, Fellenhauer 8,70. G. M. Hameln 5. Hannover, Klemperer 80. Heidelberg 40. Heselb 28. Hildersdorf 89,05. Hülben 10. Kaiserlautern 8,70. Karlsruhe 100. Königsberg, Klemperer 810. Leer 60. Leipzig 68,50. Leipzig-Ost 150. Leipzig-West 800. F. W. Leipzig 10. Limbach 40. Linden 5. 180. Magdeburg, Budan 100. Magdeburg-Neustadt 79,25. Magdeburg-Willhelmstadt 85. Mannheim 100. Markt-Neudorf 25. Weißen 80. Meuselwitz 40. Mittweida 40. Mühlhausen i. Thür. 65,82. Wilhelm a. Rh. 16,20. München, Fellenhauer 82,75. München, Schlosser 100. München i. S. 20. Neisse 21,44. Neumühlhen 80. Neumünster 148,15. Neustadt a. Hdt. 80,84. Nürnberg, Formier 815. Offenbach a. M. 172. Oranienburg 25,40. W. St. Osabrück 10. Osabrück, Formier 45. Pries 120. Rathenow 54,75. Rathenow, Brücken- und Vincenearbeiter 90. Rathenow, Einschleifer 26. Ratibisch 20. Reichenbach i. B. 89. Rendsburg 77,65. Rixdorf 84,80. Rostock 48,20. Ruppurt 7. Saalfeld 100. Sangerhausen 10. Sebaldsbrück 48,80. Solingen 60. Sulz 15,35. Schöningen 20,05. Schwelbitz 40. Triberg 85. Uederwinde 0,98. Weimar 22,55. Wilhelmshaven-Dant 281,60. Witten 49,85. Wolgast 20. Einzelmitglieder der Hauptkasse 370. Hauptkasse für Ersatzlicher 2. Protokolle der 1. ord. Generalversammlung 3. Protokolle der 2. ord. Generalversammlung 124,20. Reichshandlicher 8. Sonstige Einnahmen 27,80. Für Streiks: Von Altsenburg und Neugersdorf 85,60. Wittwasser 8,85. Ansbach 8. Baugen 10. Berlin-N. 18,75. Braunschweig: Klemperer 18,75; Schlosser 17,85. Bremen 15,05. Charlottenburg 22,15. Coburg 17,60. Grimmitzsch 7,20. Detmold 4. Dortmund, Klemperer 8,50. Döbeln 5,05. Ehrenfeld 7. Eisenach 9. Eßlingen 10. Forst 4,20. Frankfurt 67,50. Frankfurt a. M., Spengler 11,40. Fürstfeldbrück 3,10. Gabeln 81,10. Holzger 18. Schwab. Hall 6,65. Halle a. d. S. 11,80. Hamburg, Klemperer 46,40. Hannover, Schmiede 8,65. Harburg 80. Heidenheim 10. Heselohn 8. Kaiserlautern 7. Kempten 8,40. Leer 4,10. Leipzig 86,50. Leipzig-Süd 15,60. Meigitz 12,70. Mübeck 4,95. Magdeburg-Neustadt 18,35. Mannheim 40. Merseburg. 18,45. München: Fellenhauer 2,60; Siebmacher 4,40. München i. S. 0,70. Neustan 2,50. Neustadt 11,05. Neumünster 46,45. Neusalz a. d. S. 3. Nürnberg, Schlosser 40. Oibenburg 1,60. Oranienburg 2,95. Pries 7,25. Pries 3,20. Rathenow, Brücken- und Vincenearbeiter 10. Ravensburg 14,40. Reichenbach i. B. 4,80. Rendsburg 24,70. Rixdorf 6,15. Rostau 2,60. Stuttgart 3. Ulm 3,65. Tübingen 4. Weimar 2,45. Witten 17,91. Worsau 5,05. Sa. M 10,765,85. Ausgabe: Zirkuläre nach: Bayreuth M 100. Berlin-Ost 800. Bries 80. Coburg 100. Constanz 50. Erfurt 100. Freiburg i. Br. 100. Güstrow 100. Hof 50. Kempten 50. Magde-

Burg, Neissen 100, Ravensburg 50, Regensburg 50, Schwein 80, Um 80, Weizen 50, Metallarbeiter-Zeitung 2200, Druckarbeiten 1588,40, Buchbinderarbeiten 1186,50, Quittungsmarken 800, Gehalt der Bureaubeamten 450, Hilfsarbeit 240, Mantelgold des Kasslers 10, Entschädigung für die Revision der Hauptkasse 450, Rechtschutz 24,47, Abkündigung 019,20, Revisionen 20,90, Unterführung nach § 20, Beitrag zur Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung 10,88, Zurückgezahltes Darlehen 1400, Schreibmaterial 857,45, Bureaureinigung 8, Porto laut Buch 102,77, Sonstige Ausgaben 45,55, Summa 4 9878,92.

Bilance:

Einnahme 4 10,788,85
Ausgabe „ 9,878,92
Rassenbestand 4 899,88

Die Verwaltungsbeamten werden hierdurch dringend ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und über etwaige Fehler sofort zu berichten.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formex.

Erzfeld. Der Streit der Formex ist in der letzten Versammlung für beendet erklärt worden. Die Sperre bleibt jedoch über Erzfeld verhängt, weil noch 11 Kollegen ohne Arbeit sind. Von diesen sollen drei, welche von den Fabrikanten als Haupttäter angesehen werden, laut der unter sich getroffenen Vereinbarung überhaupt keine Arbeit wieder bekommen. Aber trotz schwarzer Listen haben von den 88 Ausgesperrten schon 18 Arbeit erhalten, darunter Einer, den man mit als Führer bezeichnet hatte. Weitere 9 auch Kollegen, die mit in den Streit eintraten, sind Streikbrecher geworden, von diesen arbeiten 7 bei Schroers, 1 bei Döhmer und 1 bei Wandsleben, sodann haben sich noch 10 Freunde eingefunden. Gerade diejenigen, welche am unzufriedensten waren und aufforderten, in den Kampf einzutreten, waren auch die Ersten, die ins Hoch zurückkehrten mit der Bitte: „Herr, vergehen Sie, wir sind verhebt worden, wir sind gut religiös und thun es nicht wieder.“ Sehr charakteristisch ist solches Verhalten, denn gerade durch sie sind diejenigen Kollegen aufs Pfaster geworfen worden, welche die Arbeit von Schroers nicht machen wollten, sich also mit den Streikenden solidarisch erklärten, um den Sieg zu ermöglichen. Aber etwas ist trotz dieser Hindernisse doch erreicht worden, indem die vier Gleiseleisener ihren Kontrakt, für Schroers die Arbeit zu liefern, nicht halten konnten. Von Döhmer u. Wandsleben mußten schon in den ersten 8 Tagen die Modelle wieder zurückgeschickt werden, ohne daß auch nur ein Stück zum Abguß gelangte. Bei Schroers u. Döhmer mußten die Aborte und andere Mißstände auf Veranlassung der Behörde geregelt und beseitigt werden. (Durch die Kritik in den Versammlungen wurde die Behörde aufmerksam.) Andererseits haben wir aber auch die Lehre genossen, daß man mit Beuten, die nicht wissen, was eine Organisation bedeutet und ist, keinen Kampf aufnehmen und durchführen kann.

Alenpner.

Karlruhe. Der Blechmeister Hugo Wolf dahier kaufte vor einigen Jahren die Zinkornamentenfabrik von Karl Boos. Um einen so großen Betrieb aufrecht erhalten zu können, beschäftigte er sich an Submissionsarbeiten, bei denen er große Abgebote machte, was zur Folge hatte, daß die Arbeiter weniger Lohn erhielten, von der Qualität der Arbeit nicht zu reden. Auch der Geschäftsführer wurde gemäßigelt, worauf sich ein gewisser Alfons Ernst herabsetzte, der seine Nebenarbeiter auf allerlei Art hinausbrachte; sämtliche alten Arbeiter mußten weichen und jüngere und billigere traten an ihre Stelle. Bei einem Kasernenbau, den Wolf um ca. 3000 M. billiger übernommen hatte wie das nächstniedrige Angebot, brachte er Arbeiter. Dabei ist es vorgekommen, daß in 10 Tagen 5—8 Arbeiter eingestellt und wieder entlassen wurden — immer auf Anrathen des Geschäftsführers. Es ist zu bedauern, daß ein Geschäft, das früher als eines der besten galt, so zurückgekommen ist. Einem Arbeiter, der kürzlich 14 Tage bei Wolf gearbeitet hatte und mit dem gebotenen Lohne nicht zufrieden war, erhielt von W. die Drohung an den Kopf: Es sollte sich ein jeder Arbeiter hüten, etwas mit ihm zu thun zu bekommen, denn da wäre sein Geschäftsführer gleich bei der Hand und würde Leben so zurichten, daß er die gesplitterten Knochen in einem Taschentuche nach Hause tragen könnte. Der Geschäftsführer sagte dann zu einem Arbeiter: Wenn er in der Metallarbeiterversammlung etwas über die Zustände sage, komme er (der Geschäftsführer) und schneide ihn aus dem Potal. Kommentar überflüssig!

Stuttgart. Eine gut besuchte öffentliche Flaschnerversammlung fand am

24. August hier statt, zu welcher auf besondere Einladung der Vorsitzende der hiesigen Flaschnervereinsgenossenschaft, Herr Hoffmannmeister Baader, erschienen war. Als Hauptpunkt standen auf der Tagesordnung: Vertreterschaft der Kommission und Stellungnahme zu der von dem Flaschnermeisterverband beschlossenen Verfass- und Arbeitsordnung. Ausgehend von der letzten öffentlichen Flaschnerversammlung, in welcher die Kommission beauftragt wurde, mit den gestellten Forderungen an die Meister heranzutreten, gab der Vorsitzende der Kommission, Genosse Reichel, einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der Unterhandlungen. In einem höflich gehaltenen Zirkular wurde die in der erwähnten Versammlung einstimmig angenommene Resolution, welche von den Meistern die Aufrechterhaltung der im Jahr 1890 eingeführten Verfass- und Arbeitsordnung, sowie die Freigabe des 1. Mai als Feiertag verlangte, sämtlichen hiesigen Flaschnermeistern unterbreitet und innerhalb 8 Tagen um Antwort gebeten, wie sie sich dazu stellen. Von jedem anständigen Menschen ist man sonst gewöhnt, auf eine höfliche Anfrage wenigstens eine Antwort zu bekommen; darin hatte sich aber die Kommission bei den Flaschnermeistern gründlich getäuscht, denn von ca. 70 Meistern liefen drei Antwortschreiben ein, von welchen zwei sehr entgegenkommend, das dritte jedoch, von Herrn Baader, groß und beleidigend abgefaßt war, worauf die Kommission die gebührende Antwort nicht schuldig blieb. Der Redner unterzog dann im Weiteren die auf dem Verbandstag der württembergischen Flaschnermeister angenommene Verfass- und Arbeitsordnung einer eingehenden Kritik und erwähnte verschiedene Punkte, mit welchen die Gesellen nicht einverstanden sein können. In der anschließenden Diskussion suchte Herr Baader die Arbeiterfreundlichkeit der Flaschnermeister und seine eigene Humanität der politisch anders denkenden Gesellen gegenüber ins hellste Licht zu setzen. Bei einer späteren Anfrage aus der Versammlung, wie er sich zur Waisener Stelle, erwiderte er, daß, wer bei ihm den 1. Mai feiere, auch den 2. feiern könne, also ohne Weiteres entlassen sei. Herr Baader hat sich bei der Lohnbewegung im Jahre 1890 um die Forderung der traurigen Lage der Flaschnergesellen bedeutende Verdienste erworben, scheint aber jetzt, nach obiger Antwort an die Kommission und seiner Stellung gegenüber der bald allgemein eingeführten Forderung des 1. Mai mit seiner Arbeiterfreundlichkeit stark im Rücktritt begriffen zu sein. Nachdem sich noch einige Redner über verschiedene Punkte der Verfass- und Arbeitsordnung ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Saale des Restaurant Weiß von ca. 120 Gehilfen besuchte öffentliche Flaschnerversammlung nimmt Kenntnis von der auf dem Union-Verbandstag der Flaschnermeistergenossenschaft Württemberg beschlossenen Verfass- und Arbeitsordnung, deren einzelne Punkte, z. B. Länge des Arbeitstages, Lohnzahlung und Kündigungstermin, den besonderen Vereinbarungen zwischen Meistern und Gehilfen in den einzelnen Städten und Ortschaften überlassen bleiben sollen. Die Versammlung erwartet, daß zu der in Aussicht gestellten Vereinbarung die Gehilfenschaft in ihrer Gesamtheit durch eine aus ihrer Mitte gewählte Kommission von der Genossenschaft anerkannt werde. Im Falle der Ablehnung behält sich die Gehilfenschaft vor, weitere Maßnahmen zu treffen. Zu der Verfass- und Arbeitsordnung selbst sind die Versammelten der Ansicht, daß nur auf der Basis des zehnständigen Arbeitstages ein friedliches Einvernehmen zwischen Meistern und Gehilfen garantiert sei und betonen zugleich die Notwendigkeit, daß die perlodische Lohnzahlung ohne jeden Vorbehalt alle Freitag nach Arbeitschluss erfolgen müsse. Die Versammlung erklärt sich mit der beiderseitigen künftigen Lösung des Arbeitsvertrages vollkommen einverstanden. Im Uebrigen erkennt sie die zwingende Notwendigkeit einer gemeinsamen Organisation zur erfolgreichen Vertretung ihrer Interessen unumwunden an und verspricht, in Zukunft demgemäß zu handeln.“

Metall-Arbeiter.

Erzfeld. Am 31. August hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bevollmächtigte einen Vortrag über „Die Entschädigung der Religion in Griechenland und China“ hielt. Der Vortrag wurde mit Beifall belohnt. — Nun möchten wir aber die Kollegen ersuchen, sich zahlreicher in den Versammlungen einzufinden und kräftiger für den Verband zu agitieren. Denn daß wir noch nicht so viel erreicht haben, um ausruhen zu können, beweist wieder folgender Vorfall, welcher sich in Schroers Bude abspielte. Ein Kollege, welcher, seitdem er sich in den D. M. A. hat aufnehmen lassen, sehr viel unter dem Druck des Herrn Drehermeister Wiewels zu leiden hatte, bekam den schlechtesten

Stoff, so daß er pro Woche, 72 Stunden Arbeitszeit, im Durchschnitt nur 18—14 M. verdienen konnte. Er kündigte am Samstag früh sein Arbeitsverhältnis, was mit den Worten: „Nun gut“ entgegengenommen wurde. Am Nachmittag desselben Tages kam jedoch der Profunkt der Firma zu dem Kollegen und sagte: „Die Kündigung gilt nicht; da Sie noch nicht 21 Jahre sind, muß Ihr Vater selbst herkommen, bliche Verschlingung von ihm genügt auch nicht, da es gefährlich sein könnte.“ Als nun der Kollege nach Feierabend zu Hause kam, erfuhr er, daß schon ein Kommiss der Firma bei seinen Eltern gewesen war. Dieselben sollten doch bewirken, daß der Sohn aus dem Verbandsverbande austrete, da dort nur die Jungen verborben und zu allerhand schlechten Dingen verführt würde, an keinen Gott mehr glaube, Meister und Vorgesetzte verachte, und wer weiß noch sonst für Schlechtigkeiten verführe. — Ist das etwa die Frucht der vielgepriesenen Moral, welche Vertreter der Religion lehren? Es genügt den Unternehmern nicht mehr, die Arbeiter nur in den Werkstätten zu peinigen, sogar in die Wohnungen gehen sie, um dort Bont und Unfrieden zu stiften.

Bestau. Kollegen, ist Eure Lage wirklich eine derartige, daß Ihr nicht mehr nötig habt, die Versammlungen zu besuchen? Es ist wirklich zu bedauern, daß schon mehrmals hintereinander keine Versammlungen stattfinden konnten wegen zu schwachen Besuchs. Ganz besonders werden die alten Mitglieder ersucht, zu erscheinen, um die Versammlungen wieder derartig zu gestalten, wie früher. Auch möchten doch die Mitglieder nicht so launenhaft sein im Bezahlen der Beiträge, dann werden sie dem Vertrauensmann die Arbeit bedeutend erleichtern.

Hagsfeld. Am 25. August feierte die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. A. ihr erstes Sommerfest, welches einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Nicht nur hatten sich die Genossen der umliegenden Ortschaften zahlreich eingefunden, auch von der hiesigen Einwohnerchaft nahm Jung und Alt daran Theil. Unter den Klängen der Musik marschierte man im Zuge nach dem Festplatz. Kollege Rausch hielt die Festrede, in der er in warmen Worten die Organisation feierte. Die beiden hiesigen Gesangsvereine netzteerten in der Exekution erster und beiterer Vorträge, so daß der Tag gewiß allen Teilnehmern angenehm im Gedächtnis bleiben wird.

Hainholz bei Hannover. Auch hier ist es gelungen, eine Verwaltungsstelle des D. M. A. ins Leben zu rufen. Der Gründung ging eine öffentliche Versammlung aller Branchen voraus; es schrieben sich in derselben auch einige Kollegen ein. Nach dieser Versammlung kamen wir nochmals zusammen und arbeiteten das Nötigste vor. Am 15. Mai hatten wir die erste Mitgliederversammlung, in der Genosse Gensisch über das Thema: „Barium organisieren wir uns“ referierte. Jetzt konnten wir zur Wahl schreiten, wir hatten 11 Mitglieder zu verzeichnen. Die Kollegen der Umgebung von Hainholz waren der Ansicht, daß eine Organisation der Arbeiter gar nicht ins Leben käme, aber unsere Mühe und Arbeit, unsere starke Agitation wurde reichlich belohnt, indem wir bis zum heutigen Tage 55 Mitglieder zählen. Die Versammlungen finden jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats, Abends halb 9 Uhr, bei Gastwirt Gottschalk in Hainholz, Schulenburgstraße 22, statt. Die lehrreichen Vorträge, die wir hatten, bewirkten, daß die Versammlungen bis jetzt stark besucht waren.

Mannheim. Am 25. August fand im „Stefanien-Salzen“ die zweite öffentliche Versammlung, die Reuling'sche Armaturenfabrik betr., statt. Den Bericht der in voriger Versammlung gewählte Kommission erstattete Gen. Dolnost. Referent führte aus, daß die Bemühungen der Kommission gänzlich ohne Erfolg waren, da ihnen von dem Vertreter des Herrn Reuling der Bescheid wurde: „Wir unterhandeln mit Niemanden und werden die Sache selbst nach unserem eignen Gutdünken regeln.“ Redner beschuldigt mit Recht die Arbeiter der Interesselosigkeit, welche es allein dem Fabrikanten ermöglicht, sich aufs hohe Ross zu setzen. Der Referent versichert, er habe schon verschiedentlich unterhandelt, aber ein solches Entgegenreten noch nie getroffen. Nach ihm sprachen verschiedene Kollegen, welche besonders das Einbrennregister des Fischer ans Licht zogen. So berichtete ein Kollege, daß Fischer den Gusspünger für den Doppelzentner Guss, welcher bisher mit 58 M. bezahlt war, nur 52 M. geben will. Ein Mitglied des Verbandes, Namens Ruf, welcher auch Wirth ist, hat sich besonders hervorgethan, indem er an Stelle eines Genoss regelten wieder in Arbeit trat, trotzdem er schon einmal von Reuling schimpflich entlassen wurde. Ruf ist daraufhin aus dem Verband ausgeschlossen worden. Diese Vorgänge sind wieder ein drastischer Beweis, wie nothwendig eine kräftige Organisation ist. Darum auf in den Deutschen Metallarbeiter-

Verband, um endlich einmal den Uebermut der Kapitalisten brechen zu können.

Planungs-Grund. Am 31. August fand in der „Neuen Schänke“ in Döhlen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Endermann aus Dresden einen Vortrag über „Kapital und Armut“ hielt. Daß die trefflichen Ausführungen auf fruchtbarem Boden gefallen waren, beweist der überaus reiche Beifall. Schade war es nur, daß die Versammlung von so wenig Kollegen besucht war, denn es hatten von ca. 140 organisierten Metallarbeitern nur 85 Kollegen für nötig befunden, zu erscheinen. In der Debatte sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Auch wurde die Klage laut, daß in letzter Zeit so viele sich „Partei-Genossen“ nennende Kollegen dem Verband den Rücken kehren, wo sie doch in allererster Linie dazu verpflichtet wären, aufklärend auf die jüngeren Kollegen zu wirken, damit diese auch zu thätigen Partei-Genossen herangebildet würden. Der „Gewerkschafts-Kreis“ berichteten unsere Vertreter vom Kartell; es wurde hervorgehoben, daß etwaige Mißstände in den Fabriken unseren Delegirten mitzutheilen sind, damit diese es dem Kartell berichten können. Zum Schluß wurde beschlossen, Sonntag, den 22. September, einen Ausflug nach dem Rabenauer Grund zu unternehmen. Abmarsch von der „Neuen Schänke“ Mittags 1 Uhr. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich daran zu betheiligen.

Waldert. In der letzten Versammlung des D. M. A. wurde die Abrechnung vom 2. Quartal erstattet. Einnahme 4 124,51, Ausgabe 4 42,88, abgeblieben 4 81,63, Rassenbestand 4 52,18, Mitgliederbestand laut voriger Abrechnung 151, im 2. Quartal eingetretene 11, zugereist 5, zusammen 167; im 2. Qu. abgegangen 89, bleibt Bestand 128. An- und Abmeldungen sind zu berücksichtigen bei Johann Franzmann, Weberstraße 18. Die Beiträge können außerdem entrichtet werden bei unserem Boten Fritz Hessekamp, der auch Marken bei sich führt.

Schlösser u. Maschinenbauer.

Einwohler. Sektion der Schlösser und Maschinenbauer. Versammlung am 24. August. Buerst berichtete Kollege Bindemann eingehend über die letzten Versammlungen des Gewerkschaftskartells, besonders über die Organisationsfrage der einzelnen Gewerkschaften; dann erwähnte er noch die Versammlungen, wobei besonders zu beachten ist, daß es noch einzelne Gewerkschaften gibt, die mit den betreffenden Marken noch nicht abgerechnet haben. Ueber das Herbergewesen berichtete Kaufgold. Derselbe schildert die Mißstände unserer gemeinschaftlichen Herberge. Der Wirth derselben wurde schon öfters angefordert, diese Mißstände zu beseitigen, hat es auch versprochen, aber bei diesem Versprechen sei es eben geblieben. Nachdem noch mehrere Kollegen sich über diese Sache ausgesprochen, wurde der Antrag angenommen, und zwar einstimmig, unsere Herberge so schnell als möglich zu verlegen. Der Bericht über die kombinirte Vorstandsbesitzung wird von Stut erstattet. Redner bemerkt, daß die Ortsverwaltung dem Wunsch der letzten Mitgliederversammlung nachgekommen sei und die Frage: Errichten wir allgemeine Filialen des Metallarbeiter Verbandes? in der kombinirten Vorstandsbesitzung vorgelegt habe. Die Vorstände hätten beschlossen, dies in den einzelnen Sektionen zu beraten und dann in einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung endgiltig darüber zu beschließen. Ueber die Pläne und der Sozialismus erbat Genosse Wüstefeld das Wort und entließte sich dieser Aufgabe in einer die Versammlung sehr ansprechenden Weise. Redner erklärte die kommunistische Lebensweise der Griechen zu Platon's Zeiten und wie dieser zur Aufstellung seiner gesetzgeberischen Thesen gelangte, kommt am Schluß seines Vortrages auf die Snportirung der schwarzen billigen Arbeitskräfte seitens einer Hamburger Wiederei zu sprechen und muntert die Versammelten auf, hierzu zur Organisation zu halten; denn nur durch einen recht festen Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter könnten wir solchen Kalamitäten begegnen. Redner erntete den wohlverdienten Beifall der Versammelten. Nachdem der Vorsitzende noch Mittheilungen über ein krankes Mitglied unserer Sektion gemacht und die Mitglieder ersucht, dasselbe, wenn möglich, zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rosenheim. Achtung! Wegen Lohnbifferenzen ist der Zug von Bauhöffern nach Rosenheim ferngehalten.

Schlager.

Dresden. Am 1. September fand in Sell's Gasthaus eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher den streifenden Bildauern Dresdens 10 M. überwiesen wurden. Dann berichtete der Vertrauensmann über die Thätigkeit im letzten Quartal. Hierauf wurde noch beschlossen, eine Agitationspartie nach Reuben

zu unternehmen. Der Vortrag des Genossen Wolf über moderne Weltanschauung wurde von den Versammelten mit Beifall aufgenommen.

Sinnlicher.

Mürnberg. Wenn man die hiesige Organisation betrachtet und die Zahl der organisierten Sinnlicher herausnimmt, so scheint man fast geneigt sein, zu glauben, die Sinnlicher wären derartig gut situiert, daß sie es nicht nötig hätten, einem Verbände beizutreten. Die Höhe der 60 hiesigen Sinnlicher (welche sich auf 10-15 Meister verteilen) schwanken zwischen 12-24, der Durchschnittslohn ist 17 Mk bei zehnständiger Arbeitszeit. Da nun hier am Orte in unserer Branche noch keine Leberungsbehörde herrscht, nur ein ganz geringer Zugang von Auswärts zu verzeichnen ist, so wäre es bei einigem Zusammenhalt sehr leicht möglich, bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Anstatt nun aber einig zu sein und gemeinsam vorzugehen, sucht ein Jeder auf eigene Faust und nach seiner Art ohne Rücksicht auf seine Mitarbeiter sich zu verbessern und hat sich nun mit der Zeit das unüberwindliche Egoismus der Konkurrenz und Egoismus viel herausgebildet. So kommt es hier vor, daß Kollegen täglich 2-3 Ueberstunden machen, welche aber nicht bezahlt werden. Anstatt sich nun über ihre eigene Lage klar zu werden und sich zu organisieren, laufen die betr. Kollegen lieber in alle möglichen Hilfsvereine, selbst von der hiesigen 11 Organisten erscheinen nur immer 2 Mann in den Versammlungen. Um aber aus diesen unwürdigen Zuständen herauszukommen, ist es vor allen anderen Dingen Pflicht der gleichbewußten Kollegen, sich sehr zusammenzuschließen und rufen wir deshalb Euch allen zu: Organisiert Euch und tretet in den D. M. V. Kollegen, legt Eure blasse Egoismus und Euren ganzen Stolz dazwischen, laßt Euch nicht in Nürnberg steht kein Kollege der Organisation mehr fern. Alsdann werden wir uns auch leicht bessere Verhältnisse erkämpfen können.

Feilenhauer.

Berlin. Die Feilenhauer und Berufsge nossen hielten am 28. August eine Versammlung zur Gründung einer Sektion und Stellungnahme zu dem Aufruf aus Hamburg ab. Zum 1. Punkt wurde nach längerer Debatte beschlossen, von der Gründung einer Sektion Abstand zu nehmen und die Filiale Nord beauftragt, um das Umschauen in den Werkstätten abzusuchen, einen Arbeitsnachweis in der Herberge, Neue Friedrichstraße 20, einzurichten. Zu dem Aufruf aus Hamburg zur Beschickung einer Feilenhauerkonferenz wurde, nachdem sich 2 für und mehrere Kollegen dagegen erklärt hatten, folgender Antrag angenommen: „Die heute am 28. August tagende Versammlung der Feilenhauer und Berufsge nossen erklärt sich gegen die Beschickung der Feilenhauerkonferenz, denn die Interessen der Kollegen werden im Deutschen Metallarbeiter-Verband genügend gewahrt und ist die Versammlung gegen jede Sonderorganisation.“ Nachdem noch über den Streik in Magdeburg gesprochen wurde, erklärte sich die Versammlung mit den Magdeburger Kollegen solidarisch und forderte die Berliner Kollegen auf, in Magdeburg keine Arbeit zu nehmen.

Berlin. Aufruf an die Feilenhauer und Berufsge nossen. Laut Beschluß einer Berliner Feilenhauer-Versammlung ist das Umschauen in den Werkstätten bei Verlust des Beschlusses streng verboten und ist deshalb ein Arbeitsnachweis für Feilenhauer u. Berufsge nossen Neue Friedrichstraße 20 eingerichtet. Derselbe ist Abends von 8-9 Uhr geöffnet.

Hamburg Altona. Berichtung. Zu der in der Korrespondenz in Nr. 29 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 20. Juli d. J. unter der Ueberschrift: „Feilenhauer, Hamburg-Altona“ gemachten Bemerkung, daß der Feilenfabrikant H. Krafft in Berlin Meite gegangen ist, muß ich als Verfasser erklären, daß diese Behauptung nicht wahr ist, sondern daß Herr Krafft sein Geschäft nach wie vor betreibt. Die Bemerkung ist nur auf Grund eines falschen Gerüchts aufgestellt worden. H. Klein, Feilenhauer, Altona. — (Wir müssen unsere Korrespondenten wiederholt ersuchen, bei allen ihren Berichten sich der strengsten Wahrheit zu befleißigen und nur Thatsachen zu berichten. Red.).

Magdeburg. Am 31. August fand hier eine öffentliche Feilenhauer-Versammlung statt, in der beschlossen wurde, den Streik bei der Ufer'schen Fabrik für beendet zu erklären und den Hauptvorstand zu veranlassen, die Sperre über genannte Fabrik zu verhängen. Wie schon in voriger Nummer bemerkt wurde, hatten sich verschiedene Kollegen dazu hergegeben, die im Lohnkampf stehenden Arbeiter unterdrücken zu helfen; zu den Genannten gesellte sich auch noch der Schleifer Ad. Klepke, den die Herren Ufer schon einige Mal zu überreden suchten, bei ihnen die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch hatte sich derselbe bis dahin standhaft gezeigt, jetzt hat

er sich aber doch durch Versprechungen von hohem Lohn (welche Versprechungen ja doch nicht für immer gehalten wird) bewegen lassen, den Streik, den in den Rücken zu fallen. Wie sich die Streikbrecher betragen, dafür büßen sie sich selbst zur Charakterisierung. Sie haben sich so weit verhasst, daß sie einen ihrer streikenden Arbeitsbrüder auf recht verurteilenswerthe Art zu tödnen suchten. Es traf dies einen Streikenden der Ufer'schen Feilenhauer. Derselbe fand vor seiner Wohnung, an einem Bindfaden hängend, ein altes Brod mit folgendem Aufsatz: „Aus Mitleid von treuen Verbandsge nossen zum Andenken an den Streik der Magdeburger Feilenhauer von der Fabrik Gebr. Ufer. H. P. M. M.“ Wir glauben nicht irre zu gehen, wenn wir die Buchstaben in folgender Weise deuten: H. (Adolf Klepke), K. (Kleber), P. (Pfeil), M. (Rudolf Becker), M. (Motte oder Meyer). Die Uebeltäter sollten doch ja daran denken, daß sie bei der ersten besten Gelegenheit auf's Straßenpflaster fliegen und dann auf das Mitleid Anderer angewiesen sind. Oder meinen sie vielmehr, sie seien vom Unternehmer bis zu ihrem Tode versorgt? — Die Versammlung verurteilte in einer Resolution dieses unwürdige Gebahren von Arbeitern.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. H. 20, Hamburg).

Ellerbeck. Fünf Jahre sind seit Abhaltung des ersten Festes verstrichen, welches hier zu Gunsten des Unterstützungsfonds für die ausgeheueten Kassenmitglieder von den Filialen Kiel und Umgegend veranstaltet wurde. Auch in diesem Jahre sollten wir uns veranlassen, am 25. August ein Fest zu diesem edlen Zweck zu veranstalten, wobei wir die Erfahrung machten, daß noch ein alter und treuer Stamm von Mitgliedern vorhanden ist. Wir haben auch dieses Jahr einen schönen Ueberschuß erzielt. Möge das nächste Fest zum Blühen und Gedeihen der Kasse beitragen.

Internationaler Kongreß der Eisenbahnarbeiter.

Der dritte internationale Kongreß der Eisenbahnarbeiter tagte am 29. und 30. August in Mailand unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Vertreten waren Frankreich, Dänemark, Holland, Spanien, die Schweiz, vier italienische Organisationen von Eisenbahndienstleistungen, die Lega (der Bund), die Union und zwei Unterstützungsvereine. Bestimmungen abgeben lagen vor von englischen, spanischen und irischen Organisationen, von Portugal und den Vereinigten Staaten von Nordamerika; die Abwesenheit deutscher Vertreter erklärt sich aus dem mangelnden Koalitionsfreiheit im mächtigsten Weltstaat der Erde.

Der italienische Sekretär des internationalen Eisenbahnverbandes, Genosse Rossi, eröffnete die Versammlung, die den Delegierten der Schweiz Fr. Sonbed, den französischen Delegierten Guérard, Führer der Almonisten, und Rossi in die Präsidentenschaft wählte. Die vor treffliche Leitung des Kongresses ermöglichte es, die Arbeiten schnell zu erledigen.

Von den Beschlüssen sind hervorzuheben: jener, der die Gründung eines alle drei Monate erscheinenden Verbands-Bulletins verlangt, das über die jeweilige Lage der Eisenbahnarbeiterbewegung der verschiedenen Länder zu berichten hat; ferner der Beschluß, der, eine Entscheidung des zweiten Kongresses in Paris bekräftigend, auf einen Bohnminimum besteht. Es wird ein Bohnminimum festgesetzt, dessen Grundlage die Kosten der Existenzmittel bilden. Den einzelnen Organisationen der verschiedenen Nationen wird es überlassen, das Minimum für ihren Teil festzusetzen und die Mittel der Einführung zu wählen.

Ferner erkennt der Kongreß die Notwendigkeit eines Gesetzes an, das Errichtung von Schlichtungsgerichten vorschreibt, da, wo sie noch nicht existieren, weil diese Gerichte, die aus einer gleichen Zahl von Unternehmern und Arbeitern zu bestehen hat, ein Mittel sind zur Erziehung und Organisation, zur Besserung der ökonomischen Lage und zum Fortschritt auf dem Wege der Emancipation der Eisenbahnarbeiter. Der Kongreß beschloß ferner wie folgt: Der dritte internationale Kongreß der Eisenbahnarbeiter, die auf dem zweiten Kongreß ausgesprochene Notwendigkeit der Bergesellschaftung aller Produktionsmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse bestätigend, erwägt, daß die Aktiengesellschaften der großen Kapitalisten keinen anderen Zweck haben, als das Monopol und die Ausbeutung der Transportmittel und der Eisenbahnarbeiter auch zum Schaden der Allgemeinheit, schließt sich den Bestrebungen an, die sich bei den verschiedenen Nationen kundgeben in Bezug auf Bergesellschaftung der Transportmittel und ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß

in jenen Ländern, wo die Transportmittel in den Händen von Privatunternehmern sind, deren Nationalisierung herbeizuführen ist. In Bezug auf das Verhältnis der Regierungen zu den Eisenbahnverwaltungen wurde beschlossen: Da die Regierungen nicht befolgt werden, und die Regierungen Inspektoren zur Erfüllung ihrer Pflichten nicht ausreichen, soll darauf hingewirkt werden, daß die Eisenbahnen allen Länder für Anstellung von Inspektoren sorgen möge, die von Eisenbahnbeamten gewählt werden und die Anwendung der reglementären Vorschriften der Regierungen zu überwachen haben. Der Kongreß verließ in bestem Einverständnis aller Teilnehmer, schloß mit einem Hoch auf die Brüderlichkeit und Solidarität der Arbeiter aller Länder und bestimmte Barcelona als Ort des im Jahre 1907 abzuhaltenden vierten Kongresses.

Zum Abschluß machten die Kongressisten einen gemeinsamen Ausflug nach dem Comersee, dessen Naturschönheiten auch dazu beitragen werden, daß sich die Kongressisten der Mailänder Zusammenkunft nicht trennig erinnern werden.

Vermischtes.

Der Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker wurde seinerzeit unter Herrn v. Wulfamer's Regide genbthigt, wenn er seine Organisation nicht völlig umgestalten wollte, die staatliche Genehmigung seines Statuts einzuholen. In der Hauptsache berief sich damals die Behörde auf den sogenannten Versicherungsparagraphen im Strafgesetzbuch (269.9) wonach straffällig wird, wer gesetzlichen Bestimmungen zumwider ohne Genehmigung der Staatsbehörde Aussteuer, Sterbe- oder Wittwenkassen, Versicherungsanstalten oder andere dergleichen Gesellschaften oder Anstalten errichtet, welche bestimmt sind, gegen Zahlung eines Einkaufsgeldes oder gegen Leistung von Geldbeiträgen, beim Eintritt gewisser Bedingungen oder Fristen, Zahlungen an Kapital oder Rente zu leisten. Jetzt ist die inzwischen umgewandelte Buchdruckerorganisation in Preußen auf's Neue heftig angefochten worden. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer berichtet darüber: „Nachdem das Statut der Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker seines angeblichen Versicherungskarakters entkleidet und in ein solches für den Verband der deutschen Buchdrucker umgewandelt worden war, wurde letzterer durch die Behörde nicht beehelligt. Die Breslauer Generalversammlung hat jedoch dem Vollzeipräsidenten von Berlin Veranlassung gegeben, den Verbandsvorsitzenden aufzufordern, auf Grund des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes und unter Androhung der im Geleße vorgesehener Strafen die in Breslau beschlossenen Änderungen des Statuts dem Vollzeipräsidenten einzureichen. Da nun § 2 des Vereinsgesetzes nur solche Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, verpflichtet, ihr Statut einzureichen, das Verbandsstatut eine solche Thätigkeit aber ausdrücklich im § 1 ausschließt, so glaubte der Verbandsvorsitzende zur Wahrung der Interessen der gewerkschaftlichen Organisation das behördliche Verlangen ablehnen zu sollen. Es wird ja nun das in Aussicht gestellte Strafmandat erfolgen, aber auch das Verdict zu entscheiden haben, ob es in Preußen einer Organisation überhaupt noch möglich ist, eine Thätigkeit auszuüben, die nicht als politisch bezeichnet werden kann.“

Ueber „Handstreicher“ hielt ein Herr Landgerichtsrath Dr. Fellisch in einer Versammlung des Berliner Handwerkervereins einen Vortrag. Selbstverständlich hatte der Vortragende die auf der Seite nach Arbeit sich befindlichen von den aus Vergnügen das Land durchstreichenden Wanderern unterschieden, aber in welcher Art das geschah und welches Verständnis der ernste Jurist für die sehr ernste Frage hat, das sagt ein Bericht, den ein Führer dem „Vorwärts“ zugehen ließ. Wir lesen da: „Der Herr Redner bewegte sich in Ausdrücken, als ob er die Handstreicherfrage speziell studiert habe. Es war in dem Vortrage viel die Rede von „Wagabunden“, „Bummelern“, „Strolchen“, die, wenn sie ins Gefängnis wegen Diebstahls gesteckt werden, Kreuzfidel seien, da sie gute Kost, Wäsche, Obdach etc. erhielten. Die Handstreicher, deren es gegenwärtig an 200,000 gäbe — wovon ungefähr 14,000 in Arbeitshäusern untergebracht seien — bildeten eine wahrhafte „Plage“ für den Nationalwohlstand. Jeder Pfennig sei verloren, den man denselben zukommen lasse, sie legten alles in Schnaps an. „Manchmal“ seien ihre Mittel wohl auch knapp, aber es kämen auch Tage, wo sie bis zu 20 Mk zusammenbettelten, dann lebten sie wie die Barone. () Für Verbrechen aller Art, Brandstiftungen, Raub, Diebstahl und dergleichen seien sie in hervorragendem Maße verantwortlich zu machen. Er (der Herr Landgerichtsrath) reise auch mit dem Rängel auf dem Rücken

im Gehirge, ebenso viele andere Tugenden. Natürlich seien das keine Handstreicher. Es komme darauf an, wie der Mann seinen „Unterhalt“ auf der Reife erwirbt. Die „wirklichen“ Handstreicher wären noch eine Kategorie für sich, aber sie würden auch bald zu Bummelern. Nachdem der Herr Rath in dieser Weise seinen gebildeten Zuhörern das Bild des „Handstreichers“ gezeichnet, wie es sich in seinem Kopfe malt, setzte er ihnen andenkender, durch welche Mittel diese Kerls zu besseren Menschen herangezogen werden können. Natürlich stehen da die beschlagnahmten Vermögensgegenstände und Arbeiterkolonien obenan. Nebenbei sollen noch Herbergsvereine gebildet und die Vereine zur Besserung entlassener Strafgefangener (welche die Arbeitsgeber in der Provinz mit billigen Arbeitskräften versorgen) thätigkeitsfördernd unterstüzt werden. Der Redner möchte außerdem noch, daß für die aus dem Korrektionshause Entlassenen ein „Uebergangsstadium“ geschaffen wird, da die Leute den traffen Wechsel zwischen Korrektionshaft und wirklicher Freiheit gar nicht vertragen können. Die Rede, die natürlich keinen Widerspruch fand, weil die Wacker vom Berliner Handwerkerverein jede Diskussion ausschließen, läßt wieder so recht erkennen, welche tiefe Kluft zwischen dem richterlichen „Ernieffen“ und dem Volksempfinden gähnt. Wehe dem armen Teufel von Arbeitslosen vulgo „Handstreicher“, der diesem Landgerichtsrath in die Hände fällt.

Ueber die Arbeiterversicherung am Nordostsee-Kanal macht die Tiefbau-Berufsgenossenschaft einige Mitteilungen. Von den 160 Millionen Mark, die der Kanal gekostet hat, entfallen etwa zwei Drittel (rund 100 Millionen) auf Tiefbauten, während ein Drittel für den Grundbesitz, Eisenkonstruktionen, maschinelle Beleuchtungs- und Sicherheitsanlagen, Materialen, Hochbauten an Dämmen und Wohnräumen, Banleitung, Aufschlag u.s.w. in Anspruch genommen wird. Die ermittelte Lohnsumme für die Tiefbauarbeiten (also ausschließlich der Löhne für die Herstellung der maschinellen Anlagen, der Eisenkonstruktionen, der Hochbauten und für die Beförderung der Baumaterialien, Betriebsgeräthe und Ausrüstungsgegenstände) beträgt 49,698,642 Mk bei 14,704,821 Tagewerten und einem durchschnittlichen Tagelohn von 3,35 Mk. Angewendet wurden im Tiefbau 1884 117 Fälle, von denen 116 eine Entschädigung nicht zur Folge hatten, während 90 den Tod und 829 Erwerbsbeschränkungen verschiedenen Grades herbeiführten. Unter den Todesfällen sind 25 durch Ertrinken, 19 durch Herabstürzen von Erdmassen, 28 durch den ausgebeuteten Eisenbahnbetrieb (mit über 380 Km. Geleislänge), 11 durch Maschinengetriebe, 8 durch Fall, 4 durch andere Ursachen hervorgerufen. Es entfiel auf 20,684 Arbeitsschichten ein entgeltspflichtiger Unfall und auf 164,048 Arbeitsschichten ein Todesfall. Für die 629 Unfallverletzten und 90 Todten sowie deren Angehörige wurden von der Berufsgenossenschaft bisher angewendet: an Renten Mk 870,728, an Heilkosten Mk 97,821, und ist ein Kapital zur Fortzahlung der Renten vorhanden von Mk 887,481, zusammen Mk 1,866,085, (woran zur Zeit noch — nach Reaktivierung von 227 Verletzten und 5 Partelen Angehöriger — 402 Verletzte, 39 Wittwen, 94 Kinder, 6 Assistenten Anteil haben). Die Beiträge zur Arbeiterversicherung im Ganzen betragen innerhalb des Tiefbaues: Unfallversicherung (Unternehmer allein Mk 1,602,094, Krankenversicherung (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) 1,409,406, Invaliditäts- und Altersversicherung 551,887, Summa Mk 3,563,387, oder rund 7,5 Proz. der mit Mk 49,698,642 gezahlten Löhne. Der Nordostsee-Kanal war die eigentliche Veranlassung zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Tiefbau und zur Begründung einer eigenen Tiefbau-Berufsgenossenschaft. Jedoch betragen die rund 50 Millionen Mark beim Kanal gezahlten Tiefbaulöhne noch nicht 10 Proz. der bei der Genossenschaft im Ganzen nachgewiesenen Löhne. Die Beendigung der Kanalarbeiten läßt daher auf die Genossenschaft keinen wesentlichen Einfluß aus.

Litterarisches.

Bei Wörlein & Comp. in Nürnberg erschien soeben: **Konsumgenossenschaft und Sozialdemokratie.** Von Frau Adele Großhurd-Berlin. Die 3 1/2 Bogen starke Broschüre kostet 25 Pf. Die Verfasserin sagt im Vorwort ihrer Schrift: „Anregung zu der nachfolgenden kleinen Arbeit gaben die mündlichen Diskussionen und die Debatten in der Parteipresse, die sich in Berlin an einem im vergangenen Winter im Fachverein der Schneider gehaltenen Vortrag über englische Genossenschaftswesen schlossen. Der warme Elser, mit dem damals für und gegen die Konsumvereine gekämpft ward, bewies mir, daß die Frage, mit der ich mich schon längere Zeit theoretisch beschäftigt hatte, auch in weltlichen sozialistischen Kreisen auf's Neue Interesse zu erwecken beginnt — eine Auffassung, in

der mich Unterhaltungen privater Natur be-
stärkten. Es erschien mir daher wünschens-
wert, wenigstens einen stützigen Anreiz
besseren zu geben, was für unseren Stand-
punkt die neuesten Erfahrungen in den hiesigen
bedeutungsvollsten Ländern zeigen. — Aus dem
Inhalt der Broschüre nehmen wir nachfolgende
Abschnitte: Die Konsumgenossenschaft vom
sozialdemokratischen Standpunkt betrachtet.
Die englische Genossenschaftsbewegung. Die
beigefügten Genossenschaften. Die schließlichen
Arbeiterkonsumvereine.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart,
G. H. W. Dieck Verlag) ist soeben das
10. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus
dem Inhalt heben wir hervor: Der Essener
Reinheitsprozeß. — Ueber Ludwig Klingen-
gruber. (Schluß). — Großlandwirtschaft
oder Kleinlandwirtschaft. Von Eduard
Abler. — Auch ein Jubiläum. — Josef
Dieggen. Ein Aberglaube seines Lebens von
Eugen Dieggen. — Ritterliche Mund-
schau. — Notizen: Zur Geschichte der
Petroleum-Industrie. — Feuilleton: Verminte
Sacerdoten. Von Edmund und Jules de
Goncour. Angige autorisierte Uebersetzung
von Emma Adler. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

P. G., 9280X. Wir sind nicht im
Stand, Ihre Frage zu beantworten.
Sp., 1111. Eine Zeitschrift der ge-
wöhnlichen Art gibt es nicht. Ein Buch über
die Feilenherstellung ist bei W. F. Voigt in
Weimar erschienen. Verlangen Sie von
dieser Firma Verlagskatalog.

Durlach. Bezug von Feilen-
bauern ist wegen Lohndifferenzen von
hier streng fernzuhalten. Näherer
Bericht folgt.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden
neue Mitglieder aufgenommen und
können Beiträge bezahlt werden.

Altenburg. Sonnabend, 14. Septbr.,
Abds. halb 9 Uhr, im „Goldenen Löwen“
Mitglieder-Versammlung. Vortrag. —
Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt:
Max Seberer, Uferstraße 58, III. — Hilfe-
unterstützung wird bei Kollege Seehaus,
Paurberggasse 59, ausbezahlt.

Apolda. Sonnabend, 14. Sept., Abds.
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im
„Vorwärts“. — Da noch einige Mitglieder
15 J. Beiträge zu entrichten haben, werden
selbige ersucht, so schnell wie möglich ihren
Pflichten nachzukommen, damit wir nicht ge-
zwungen werden, die Säumnigen aus dem
Verband auszuschließen.

Ashersleben. Sonnabend, 21. Sept.,
Abds. halb 9 Uhr, im Schröder'schen Lokal
Mitglieder-Versammlung.

Barmbeck. (Sektion der Schlosser u.
Maschinenbauer.) Montag, 16. Sept., Abds.
9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei
Ellerbrock, Hamburgerstr. 184. Wahl eines
Liquidationskomitees. Beschlussfassung über
unser Wintervergnügen.

Bernburg. Sonnabend, 21. Septbr.,
wichtige Besprechung der Einzelmitglieder
im Lokal Steinstr. 4.

Bremen. Sonnabend, 21. Sept., Abds.
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung
im Vereinshaus, Sakenstr. 21/22. Vortrag
des Herrn Dr. Dieberich.

Breslau. (Sektion der Klempner.)
Jeden 2. Sonnabend im Monat, Abends
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in
Jabel's Restaurant, Kleine Großenstraße 15.

Cannstatt. (Allg.) Samstag, 14. Sept.,
Abds. 8 Uhr, im „Ruffischen Hof“ Einzah-
lung und Aufnahme.

Cannstatt. (Sektion der Former.)
Samstag, 14. Sept., Monatsversam-
mlung bei J. Bäuerle, Rosenaustr.

Eöthen. Sonnabend, 14. Sept., Abds.
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung
in Witter's Restaurant, Weßstr. Wahl eines
Vertrauensmannes. — Wir ersuchen die rük-
ständigen Mitglieder ihren Verpflichtungen
nachzukommen.

Fellau. Samstag, 21. Septbr., Ver-
sammlung bei Müller, Friedhofstr. Vor-
trag des Genossen Schre. Revisionswahl.

Eberfeld. Samstag, 21. Sept., Abds.
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung
bei Obelode, gr. Klobbahn.

Ebing. Am 21. Septbr. keine Ver-
sammlung, weil das Lokal an den Gesang-
verein „Vorwärts“ vergeben ist, jedoch wer-
den Beiträge erhoben. — Die nächsten Mit-
glieder-Versammlungen finden laut
Beschluss für das Winterhalbjahr nicht Sonn-
abends, sondern regelmäßig alle 14 Tage
Sonntags Mittags von halb 12 bis 2 Uhr,
und zwar die erste am 6. Oktober statt.

Essen a. d. Ruhr. (Allgem.) Sonntag,
16. Sept., Vorm. 11 Uhr, Versammlung
bei Seider, früher Wwe. Pray.

Hilfingen. Samstag, 14. Sept., Abds.
8 Uhr, Versammlung im Lokal. Gewerk-
schaftsbericht.

Leusberg. Samstag, 14. Sept., Abds.
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung
in der „Sonne“. Vortrag.

Krankeithal. Samstag, 14. Septbr.,
Abds. halb 9 Uhr, bei Reifler, Speyererstr.,
Mitglieder-Versammlung.

Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler.)
Samstag, 14. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei
Stiel, gr. Schenkelmeierstr. 28. Mitglieder-
Versammlung. Vortrag von Genosse
Schewing über den 2. Teil der „Pariser
Komune“. — Praktische Darstellung des
geometrischen Inhalts einer ovalen Geise
von Kollegen Rudolf Müller.

Freiburg i. B. Samstag, 21. Septbr.,
Abends halb 9 Uhr, in der Restauration
Schwanke, Mitglieder-Versammlung.
Das Verhalten des Hauptvorstandes contra
Gewerkschaftskarte. Wie stellt sich die hiesige
Verwaltungsstelle zum Verband?

Görlitz. Montag, 28. Septbr., Abends
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung
im kleinen Saale des Konzerthauses.

Grimberg i. Schl. Sonntag, 23. Sept.,
Nachm. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung
auf „Grimbergshöhe“.

Hamburg. (Sektion der Gelbleger
und Gärtler.) Mittwoch, 18. Sept., Abds.
halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung
bei v. Salzen, Raffinaderstraße 6-7.
Zu
die Einführung von Werkstellendelegierten
eine Notwendigkeit? Jedes Mitglied hat zu
erscheinen.

Hamburg. (Sektion der Klempner.)
Dienstag, 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei
Meißner, Hohe Viechen, Mitglieder-Ver-
sammlung. — Die rückständigen Mitglie-
der werden dringend ersucht, mit den alten
15 J. Beiträgen abzurechnen.

Hamburg. (Sektion der Schlosser,
Dreher und Maschinenbauer.) Dienstag, den
17. Sept., Abds. 9 Uhr, Mitglieder-Ver-
sammlung bei Meißner, Hohe Viechen 80.

Hannover. (Allg.) Montag, 16. Sept.,
Abds. halb 9 Uhr, Versammlung. Vor-
trag: Christenthum und wahre Sittlichkeit.
Referent: Dr. Viktor Brannschweig. Wahl
eines Neubitors.

Hannover. (Sektion der Schmiede.)
Dienstag, 17. Septbr., Abends halb 9 Uhr,
Versammlung bei Grending, Bangerstr. 2.

Heidelberg. Samstag, 14. Septbr.,
Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versam-
lung im „Mothens Döwen“.

Kaiserlautern. (Allgem.) Samstag,
21. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-
Versammlung im „Gesellschaftshaus“,
Steinstr. 20.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag,
14. Sept., Versammlung in der „Kaiser-
Allee“. — Samstag, 14. (9) Sept., 1. Stift-
ungsfest im Saale zum „Goldenen Hirsch“
in Mühlburg.

Kriegau. Sonnabend, 14. Sept., Abds.
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im
„Preußischen Hof“. Vortrag des Genossen
Peters. — Die Restituten werden ersucht,
die alten Marken zu begleichen, da wir bald
abrechnen müssen. — Das Restgehalt wird
Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Körrach i. Baden. Sonntag, 22. Sept.,
Nachm. 2 Uhr, in der „Sonne“, Mitglie-
der-Versammlung.

Münster i. W. Sonntag, 15. Septbr.,
Vorm. halb 12 Uhr, beim Wirth Doof,
Langenstr. 23, Versammlung. Vortrag
über: Warum müssen wir uns organisieren?

Münster. (Sektion der Roth-
und Glöckengieger.) Samstag, 14. Sept., findet
in den „Zentralfallen“ das Stiftungsfest
statt. Als Legitimation dient das Mitglieds-
buch. — Die wegen des Stiftungsfestes aus-
fallende Mitglieder-Versammlung findet
acht Tage später statt. — Samstag, 12. Okt.
findet im Café Merk ein Herbstfranzögen
(augleich Abschied unserer Rekruten) statt. —
Mit Abschluß des 3. Quartals muß mit der
Hauptkasse über die Wochenbeitragsmarken
à 15 J. abgerechnet werden und ersuchen wir
deshalb die restitrenden Kollegen, ihren Ver-
pflichtungen endlich einmal nachzukommen.

Nürnberg. (Sektion der Schlosser und
Maschinenbauer.) Samstag, den 21. Sept.,
Mitglieder-Versammlung mit Vortrag
bei Herzog, Reuthorstraße 9. — Wohnungs-
wechsel, Beschwerden etc. wolle man umgehend
der Verwaltung bekannt geben. — Anmel-
dungen zum bevorstehenden Reichenturs können
in der Versammlung bezw. bei der Verwaltung
erfolgen.

Rathenow. (Sektion der Einwickler.)
Sonnabend, 21. Septbr., Abends 8 Uhr bei
Gwandt, Mitglieder-Versammlung.

Regensburg. Sonntag, 22. Septbr.,
Vormittags halb 10 Uhr im Gasthaus zum
„Römerthor“, Schwalbengr. Mitglieder-
Versammlung.

Schramberg. Samstag, 14. Septbr.
Karteilerversammlung im „Mühle“.

Sebaldebrück. Sonntag, 15. Sept.,
Nachm. 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung
bei Wwe. Böben zu Sebaldebrück.

Stettin-Döbbr. Sonnabend, 14. Sept.,
Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung
mit Vortrag bei Burow, Rosengarten 6. —
Die Restanten vom 2. Quartal werden darauf
aufmerksam gemacht, daß bis Ende Sep-
tember die Beiträge für jene Zeit bezahlt
werden müssen, weil darauf mit den alten
Marken abgerechnet wird.

Stuttgart. (Sektion der Flascher.)
Samstag, 21. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gast-
haus zum „Hirsch“, Zimmer 20, Mitglieder-
Versammlung.

Verb. Sonntag, 15. Septbr., Nachm.
8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei
Denemann, Zibensstr.

Witten. Dienstag, 17. Sept., Abds. halb
9 Uhr, Zahlabend in Herrmann's Restau-
ration, höhere Dybnerstr. Besprechung über
Gebührenstruktur.

Öffentl. Versammlungen.

Delmenhorst. Sonntag, 22. Sept., Abds.
halb 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-
Versammlung im Lokale des Herrn Thiel-
bar „Vereinshalle“. Nach der Versammlung
gemüthlicher Abend. Die Kollegen werden
ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Dresden-Neustadt. Dienstag, den
17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche
Versammlung im Restaurant Zimmer-
mann, Schönbrunnstraße 1. Vortrag über
Statistik und Enquete und ihre Bedeutung
für die Arbeiterbewegung. Allgemeine Ge-
werkschaftsangelegenheiten.

Meißen. Sonntag, 15. Sept., öffent-
liche Versammlung. Die Konzentration
des Kapitals und der Sozialismus. Wahl
von 2 Delegirten zum Gewerkschaftskarte.

Neusalz a. d. O. Sonnabend, 21. Sept.,
in der Ruffen-Neumühle Metallarbeiter-
versammlung.

Anzeigen.

Nachrufe.
Unser Kollege
Paul F i n d e r,
Klempner, geboren am 29. August 1870,
sah in Folge eines Unfalles am
14. August seinen frühen Tod. Wir
verklaren an ihm ein treues Mitglied
und werden sein Andenken in Ehren
halten.
Verwaltungsstelle Görlitz.

Unser Kollege, der Spengler
Paul P a r y i n g s t
hat den Tod durch Absturz vom Dache
gefunden. Wir werden demselben stets
ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverwaltung der Sekt. der Spengler
M ü n c h e n.

Am 4. September starb unser Mit-
glied, Herr
M i c h a e l M i l l e r
nach langem und schwerem Kranken-
lager im 26. Lebensalter. Der Ver-
band verliert an ihm ein sehr treues
und strebsames Mitglied. Ehre seinem
Andenken.
Sekt. d. Metallschläger Nürnberg

Schaffhausen (Schweiz).
Arbeitsnachweis und Zahlstelle für
Reisenunterstützung sind von jetzt an für die
sämmliche Gewerkschaften des Ortes in der
Herberge zum „Bären“.

Der Schlosser Karl Alb. Thomas,
geb. am 24. April 1876 zu Leipzig, wird
um Angabe seiner Adresse ersucht, damit ihm
sein Buch nachgeschickt werden kann.
Ortsverwaltung Mannheim.

Holks-Lexikon
Nachschlagebuch für
sämmliche Wissenszweige.
Erscheint in 20 Bänden.
Preis pro Band 20 Pfennig.
Der 1. Band (23 Hefte) ist
complett. Preis in Halbbd.
M 6.—, i. Leinenbd. M 8.—.
Abonnements werden
jeder Zeit bei allen
Buchhandlungen,
Exporthandlungen u. an-
genommen.
Wälzin & Comp.
Nürnberg.

Das Mitglied Paul Wagner aus
Seibsdam, Schloffer, B. Nr. 10885, ist unter
Veruntreuung des Bibliothekbuchs Nr. 8 ab-
gereist. Alle Ortsverwaltungen werden er-
sucht, im Bedarfsfalle denselben an seine
Wohnung zu verweisen, bezw. untergeleiteter
Verwaltung Mitteilung zugehen zu lassen.
Sektion der Schlosser und
Maschinenbauer Jülichberg.

Diejenigen Verbandsmitglieder, welche
gegen die hiesige Verwaltungsstelle noch Ver-
pflichtungen haben, werden ersucht, diese An-
gelegenheit baldigt zu regeln.
Ortsverwaltung Münster i. W.

Der Metallarbeiter Max Schumann
aus Erlberg wird hiermit aufgefordert,
Etwas von sich hören zu lassen, seine Eltern
wünschen es.

Diejenigen Verbandsmitglieder, welche
gegen die hiesige Verwaltungsstelle noch Ver-
pflichtungen haben, werden ersucht, diese An-
gelegenheit baldigt zu regeln.
Ortsverwaltung Münster i. W.

Jedem sparsamen Arbeiter

empfehle ich solide und elegant gearbeitete
Stoff-Ofen (hell, mittelstark und dunkel-
gestreift), feiner Wadenkante à 7 M franco
gegen Nachnahme überallhin. Seltene Ge-
legenheit! Schrittlänge angegeben.
S. Elias, Bernburg,
Versandt-Geschäft.

Vereinigung bringt Nutzen!

Die anerkannt guten, schönen Ham-
burger Federhosen, mittelgrau oder dunkel
verfärbt nach jedem Orts fransen
gegen Nachnahme wie folgt:

Table with 2 columns: Nr. I extra prima, Nr. II prima. Rows show prices for 1, 2, 3, 4 pairs of socks.

Table with 2 columns: Nr. III secunda. Rows show prices for 1, 2 pairs of socks.

Stärkste und sauberste Verarbeitung!
Schrittlänge bitte stets in Centimetern
angeben.
S. Elias, Bernburg.

Marken Stempel

Stempelt seit 17 Jahren für tausende
Kassen, Vereine und Verbände aller Länder.
Jean Holze
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
Verlangen Sie meinen ill. Preis-Courant.

Das Former-Pinsel-Versandgeschäft

von H. Weiland,
Fürstentwalde (Spreewald),
bringt seine vorzüglichsten Pinsel bei herab-
gesetzten Preisen in empfehlende Erinnerung.

Table with 4 columns: Quality (I, II, III), Pin size (e.g., 3/0, 2/0, 1), and Price (e.g., 1.85, 2.50, 3.50).